Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13663**

18. Wahlperiode 29.09.2017

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

60. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 21. bis 24. November 2014 in Den Haag, Niederlande

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Mitglieder der deutschen Delegation**	2
2	**Ablauf der Tagung**	2
3	**Politischer Ausschuss (PC)**	2
4	**Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)**	6
5	**Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)**	9
6	**Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)**	12
7	**Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**	16
8	**Plenarsitzung**	18
Abkürzungsverzeichnis		23
Anlage: Entschließungen 411 bis 418		24

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmitt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordnete Karin Evers-Meyer (SPD),
Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordneter Charles M. Huber (CDU/CSU),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),
Abgeordneter Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Bundesrat

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen,
Senator Frank Henkel (CDU), Berlin,
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 22. November 2014, und am Sonntag, 23. November 2014, statt. Das Plenum tagte am Montag, 24. November 2014.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 22. November 2014, und am Sonntag, 23. November 2014, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **José Lello** (Portugal).

I. Ansprache des niederländischen Außenministers Bert Koenders

Der niederländische Außenminister **Bert Koenders** hielt trotz beachtlicher Erschütterungen in der internationalen Ordnung Parallelen zwischen der aktuellen Lage und der Zeit des Kalten Krieges für wenig hilfreich. Jede Ära erfordere eigene Antworten. Die niederländische Außenpolitik basiere auf dem Gedanken starker transatlantischer und multilateraler Bünde sowie der Abrüstung. Europa müsse in Zukunft eine größere Verantwortung für die eigene Sicherheit sowie die angrenzenden Gebiete übernehmen, insbesondere sich stärker den südlichen und östlichen Nachbarregionen widmen. Die Verletzung der ukrainischen Territorialintegrität und die Missachtung des internationalen Rechts durch die Russische Föderation müssten eine entschiedene Reaktion seitens der NATO zur Folge haben. Es sei ein Weg zwischen „geballter Faust und offener Hand“ zu beschreiten. Die NATO solle eine stärkere Rolle im Rahmen von Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen (VN) spielen, das bedeute insbesondere, sich neben der militärischen Unterstützung auch im Bereich der Ausbildung stärker zu engagieren.

Generalberichterstatter Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, dass sich die Beziehungen zur Russischen Föderation nachhaltig verändert hätten. Als Lettland und weitere osteuropäische Staaten der Allianz beigetreten seien, habe es ernsthafte Bemühungen gegeben, die Russische Föderation als Partner der NATO zu gewinnen. Seine Frage, ob tatsächlich erst durch den Abschuss des Malaysian Airlines Flugzeugs MH17 das Bewusstsein in der niederländischen Öffentlichkeit für die Gefahren der russischen Aggressionspolitik geweckt worden sei, bejahte der Außenminister. Der Minister berichtete auch über seine Erfahrungen als Leiter der VN-Friedenssicherungsmission in Mali. In einer Atmosphäre zunehmender Instabilität verschöben sich politische Prioritäten täglich. Er bedauerte, dass eine Langzeitperspektive, die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

für erfolgreiche VN-Friedenssicherungsoperationen unerlässlich sei, bislang fehle. Folgen, wie etwa eine zunehmende Migration nach Europa, seien bereits heute absehbar. Den politischen Dialog mit der Russischen Föderation müsse die Allianz gerade in diesen Zeiten aufrechterhalten. Zugleich schloss er aber Sanktionen, um Rechtsprinzipientreue anzumahnen, nicht aus.

II. Vortrag von Professor Toby Dodge, Direktor des *Middle East Center*, zum Thema „Analyse und Bekämpfung der Gefahr durch den sogenannten Islamischen Staat"

Professor **Toby Dodge** bezeichnete die Terrormiliz „Islamischer Staat" (IS) als Produkt tiefgreifender politischer Störungen im arabischen Raum. Eine militärische Lösung würde – ähnlich dem militärischen Eingreifen im Irak 2007 – nur kurzfristig wirken. Die Gründe für die Entstehung und den Aufstieg des „IS" lägen in der strukturellen Schwäche des Irak seit 2003. Trotz der Verluste der IS-Einheiten durch den Einsatz der Vereinigten Staaten im Jahre 2007 habe sich der „IS" bis heute zu einer effizienten Organisation ausbauen können. Insbesondere die Expansion nach Syrien nach Ausbruch des Krieges 2011 habe die Organisation durch die aggressive Übernahme von radikalen Kämpfern gegen das syrische Regime weiter erstarken lassen. Die Herrschaft über strategisch wichtige syrische Ölfelder seien die Haupteinnahmequelle der Terroristen, deren Vermögen schon vor der Übernahme Mossuls auf eine Summe von 875 Millionen Dollar geschätzt worden sei. Die Expansion nach Syrien finanziere auch die Aktivitäten des „IS" im Irak, dessen Sicherheitskräfte seit Dezember 2013 zunehmend unter Druck stünden. Die irakische Regierung rechtfertige politische Repression mit der zunehmenden Terrorgefahr, was massive Proteste ausgelöst habe. Diese teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen habe der „IS" genutzt und Falludscha sowie Teile der Provinzhauptstadt Ramadi übernommen. Die Einnahme Mossuls im Juni 2014 sei unter Ausnutzung der politischen Krise nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2014 möglich gewesen. Das weitere Vorrücken des „IS" in Richtung Bagdad habe mit einem zunehmenden Zusammenbruch der irakischen Armee korreliert und sei vorerst vor der von Schiiten dominierten Stadt Samarra gestoppt worden. Teilweise sei es gelungen, Gebiete zurückzuerobern, soweit irakische Sicherheitskräfte von schiitischen Milizen und der iranischen Revolutionsgarde unterstützt worden seien. Stark sei der „IS" nach wie vor im Nordwesten Iraks. Die Schwäche der irakischen Sicherheitskräfte, wie anderer staatlicher Institutionen, liege vor allem in der weit verbreiteten Korruption sowie der Unterwanderung von Kommandostrukturen durch den früheren Premierminister Nuri al-Maliki. Ein weiterer Grund für die Schwäche des Landes sei eine unzureichende Infrastruktur. So werde ein irakischer Haushalt nur durchschnittlich sieben Stunden am Tag mit Elektrizität versorgt. Die dritte und wahrscheinlich am schwersten zu bewältigende Ursache für die Krise sei das Muhasasa-System, welches eine Ämterverteilung nach Konfessionen vorsehe. Das System habe die irakischen Sunniten fast komplett vom Staat entfremdet.

In der Diskussion bewertete Professor Toby Dodge auf Nachfrage Dezentralisierungsansätze zwar als Chance für eine Veränderung des politischen Systems. Zuvor müssten aber große Hindernisse, wie die Dominanz der schiitischen Milizen, das Wachstum iranischen Einflusses und die Konfrontation von schiitischer und sunnitischer Identitätspolitik, überwunden werden.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Die sich verändernde Sicherheitsdynamik an der Südostgrenze der NATO – Auswirkungen auf die transatlantische Zusammenarbeit" von Generalberichterstatter Ojars Eriks Kalnins (Lettland)

Generalberichterstatter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) bezeichnete eine Einigung in den Nuklearverhandlungen mit dem Iran als große Chance für eine Deeskalation in der Region. Zugleich forderte er entschlossenes Handeln zur Erreichung eines Waffenstillstandes in Syrien. Sowohl in Syrien als auch im Irak könnte Stabilität nur durch politische Lösungen erzielt werden, nicht militärisch. Luftangriffe könnten von der lokalen Bevölkerung als Unterstützung für die jeweiligen Regimes verstanden werden. Eine mögliche Rolle der NATO sah er in der Koordinierung von Luftbrücken und im Bereich der Überwachung und Aufklärung.

In der folgenden Diskussion fragte die Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien), ob so dramatische und unvorhersehbare Entwicklungen auch in anderen Regionen, wie in Nordafrika oder der Sahelzone zu erwarten seien. Abgeordneter **Aram Mohammed Ali** (Irak) erkannte an, dass interne Faktoren eine Rolle für den Ausbruch der Krise gespielt hätten. Abgeordneter **Guy-Michel Chauveau** (Frankreich) warf ein, dass die Destabilisierung Syriens und Iraks auch große Risiken für den Libanon und Jordanien in sich berge. Besorgniserregend sei weiterhin, dass sich andere fundamentalistische Terrorgruppen den IS-Kämpfern anschlössen. Diskutiert wurden darüber hinaus die Flüchtlingskrise und die Schwierigkeit für die Türkei, die Terroristen an der Einreise in die IS-Gebiete in Syrien und im Irak zu hindern. Um die Radikalisierung junger Muslime durch das

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Internet zu verhindern oder zumindest einzudämmen, sollten die Betreiber sozialer Netzwerke soziale Verantwortung übernehmen. Der Entwurf des Generalberichts wurde einstimmig unter Berücksichtigung von drei marginalen Änderungen angenommen.

IV. Podiumsdiskussion mit Michael Rühle, Leiter der Abteilung für Energiesicherheit der NATO, und Krista van Velzen von IKV Pax Christi zum Thema "Nuklearwaffen und europäische Sicherheit"

Krista van Velzen sprach sich deutlich für ein universelles Verbot von Nuklearwaffen aus und äußerte sich optimistisch, dass sich ein solches Verbot in Zukunft durchsetze. Zahlreiche Vorfälle der letzten Jahre zeigten, welche Risiken Nuklearwaffen auch in Friedenszeiten in sich trügen. Menschliches Versagen, Fehleinschätzungen und Naturkatastrophen seien nur einige Risikofaktoren. Eine starke Bewegung setze sich erfolgreich für eine Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ein, bereits 115 Staaten seien nuklearwaffenfrei. **Michael Rühle** berief sich demgegenüber auf das Strategiekonzept 2010 der NATO, aus dem sich ergebe, dass die Allianz Nuklearwaffen vorhalten müsse, solange diese existierten. Sicherheitspolitische Umstände wie die Verletzung des Budapester Memorandums durch die Russische Föderation sowie der Ausbau von Atomprogrammen durch Länder wie Pakistan, Indien, China und Nordkorea sprächen heute mehr denn je gegen eine Verbannung von Nuklearwaffen. Der Besitz von Atomwaffen durch die Alliierten erhöhe die Kosten für einen potentiellen Angreifer und wirke aufgrund der existentiellen Wirkkraft einschüchternd. Auch habe die Abrüstung in westlichen und sowjetischen Atomwaffenarsenalen keine sichtbaren Auswirkungen auf andere Regionen gezeigt. Der Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Südkorea habe nicht etwa dazu geführt, dass die Halbinsel heute atomwaffenfrei sei. Im Ergebnis habe die Allianz in dieser Frage erheblich weniger Einfluss als gemeinhin angenommen. So sei auch eine entsprechende Initiative von Präsident Barack Obama im Jahre 2009 ohne greifbares Ergebnis geblieben. Eine Welt ohne Nuklearwaffen sei erst denkbar, wenn Feindseligkeiten beendet und politische Konflikte mit Vertrauen statt Waffen gelöst würden.

Abgeordneter **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) warf ein, dass sein Land wie andere Atommächte das Arsenal reduziert habe, um größere Atommächte zu Verhandlungen zu bewegen. Auch er beklagte, dass diese Strategie nicht aufgegangen sei, und sprach sich für ein Umdenken aus. **Krista van Velzen** stimmte zu, dass die Abschaffung einer Waffe nicht das Ende ihrer Benutzung bedeute, aber dennoch einen Standard setze. So habe auch das internationale Verbot von Chemiewaffen eine Grundlage geboten, von Syrien die Aufgabe des Einsatzes von Chemiewaffen zu erzwingen. Abgeordneter **Giorgi Baramidse** (Georgien) fragte nach Sanktionsmöglichkeiten gegen das Nuklearprogramm der Russischen Föderation. **Michael Rühle** hielt es zwar für möglich, dass die Russische Föderation Modernisierungsmaßnahmen im Nuklearprogramm unter Sanktionsdruck mäßige, dass dies aber das Risiko eines Angriffs auf das NATO-Gebiet nicht verringere, wie die Übergriffe auf Georgien im Jahre 2008 und zuletzt die Ukraine deutlich vor Augen geführt hätten.

V. Beratung des Berichtsentwurfes „Die NATO nach 2014" des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen", vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Jadwiga Zakrzewska (Polen)

Berichterstatterin Abgeordnete **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) sah als Folge der Entwicklungen in der Ukraine einen deutlichen Klimawandel in der internationalen Sicherheitspolitik. Das Gebaren der russischen Führung stelle eine ernsthafte Gefahr für die osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO dar. Der Aufstieg des „IS" und die *Cyber*-Kriminalität kämen als beträchtliche Aufgabe für die NATO hinzu. Die NATO-Mitglieder, so das Ergebnis ihres Berichtes, müssten den politischen Willen aufbringen und Ressourcen zur Bewältigung dieser Herausforderungen im nötigen Umfang zur Verfügung stellen und nicht weiter allein auf die militärischen Möglichkeiten der Vereinigten Staaten vertrauen. Sie räumte ein, dass eine Kooperation mit der Russischen Föderation erhebliche Vorteile bieten könne, jedoch nicht denkbar sei, solange diese internationales Recht missachte. Sie forderte vertrauensbildende Maßnahmen für osteuropäische NATO-Mitglieder sowie eine Umsetzung des auf dem Gipfel in Wales im Sommer 2014 bekräftigten Ziels, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Verteidigung zu investieren.

In der Debatte begrüßten zahlreiche Delegierte, dass sich der Bericht auch dem Thema *Cyber*-Kriminalität widme. Abgeordneter **Gerald Kindermans** (Belgien) unterstrich, wie wichtig eine Kooperation zwischen privatem Sektor, der öffentlichen Hand und der Wissenschaft sei. Abgeordneter **Modibo Sogore** (Mali) äußerte den Wunsch, dass die NATO in Zukunft eine größere Rolle bei der Stabilisierung seines Landes spiele. Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) mahnte eine größere Kooperation mit den Vereinten Nationen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

an, um das Flüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen. Der Berichtsentwurf wurde mit kleineren Änderungen einstimmig angenommen.

VI. Vortrag von Rob de Wijk, Direktor des Zentrums für strategische Studien in Den Haag, zum Thema „Transatlantische Sicherheitskooperation nach dem Gipfel von Wales"

Nach Auffassung von Professor **Rob de Wijk** hat vor allem ein Wandel hin zu einer multipolaren Welt die aktuelle Instabilität im transatlantischen Sicherheitsgefüge verursacht. Aufstrebende Mächte wie China versuchten, Zugang zu Ressourcen, insbesondere Energiequellen, zu erhalten und nutzten ihre wirtschaftliche Stärke, um militärische und politische Macht auszubauen. Die Territorialkonflikte mit Japan über die *Senkaku*-Inseln und Gebiete im südchinesischen Meer seien eine Gefahr für die Seewege und damit für die Erreichbarkeit von Märkten und Ressourcen. Die NATO-Mitgliedstaaten sollten sich Gedanken machen, wie auch sie eine Sicherung ihrer volkswirtschaftlichen Interessen stärker absichern könnten. Die Vereinigten Staaten würden dies bereits in Ansätzen tun. Auch der Konflikt zwischen der Russischen Föderation und ihren Nachbarstaaten drehe sich letztlich um Ressourcen. China und die Russische Föderation hätten seit der Finanzkrise von der Schwäche Europas sowie der Vereinigten Staaten profitiert und deutlich an Durchsetzungskraft gewonnen. Mit dem Verzicht auf eine militärische Reaktion auf die Annexion der Krim durch die russische Führung sei das Signal gesendet worden, dass die VN-Charta und die bilateralen Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine keine Bindungswirkung hätten. Er vertrat die Ansicht, Präsident Wladimir Putin habe die Annexion von langer Hand geplant. Um dem in Zukunft begegnen zu können, bedürfe es einer stärkeren verteidigungspolitischen Integration in Europa.

Die Frage des Abgeordneten **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich), ob eine europäische Verteidigungsintegration nicht in weiter Ferne liege, bejahte Professor **de Wijk** und ergänzte, dass er eine europäische Verteidigungsarmee auch in Zukunft für unwahrscheinlich erachte. Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) vertrat die Ansicht, die Russische Föderation sei nicht so stark, wie behauptet werde, sondern allein von der Schwäche der anderen profitiere. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) bezeichnete die russische Aggression als Politikstil des letzten Jahrhunderts und sprach sich für eine deutliche Reaktion der NATO aus. Dabei sei wichtig, dass die NATO-Mitgliedstaaten zusammenstünden und deutliche Konsequenzen aufzeigten, wenn nicht militärisch, so ökonomisch, etwa in Form von Sanktionen. Auf die Frage nach der bilateralen Beziehung zwischen Russischer Föderation und China erläuterte Professor **de Wijk**, dass es sich um zwei sehr unterschiedliche geopolitische Einheiten handele, die unterschiedliche Ziele verfolgten und verschiedenen Werten verpflichtet seien.

VII. Vortrag von Andrew Monaghan, Forschungsgruppenleiter „Russland und Eurasien" des Programms des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten des *Chatham House*, zum Thema „Putins Russland: in Richtung einer großen Strategie?"

Andrew Monaghan vertrat die Auffassung, die Russische Föderation und die NATO verfolgten nicht selten die gleichen Ziele, jedoch weiche das jeweilige Verständnis für die Umstände beachtlich voneinander ab. Dies führe regelmäßig zu Missverständnissen. So glaubten viele Russen, dass die vom Westen erhobenen Sanktionen in Folge der Annexion der Krim lediglich dazu dienen sollen, einen Regimewechsel herbeizuführen. In den letzten Jahrzehnten habe die russische Führung das Land einer umfassenden Reform unterzogen, mit dem Ziel, es sozial, politisch, ökonomisch und militärisch zu revitalisieren. Die Reformagenda habe große Zustimmung in der Bevölkerung gefunden, wie die Wiederwahl Wladimir Putins, der als Garant der Reform gelte, gezeigt habe. Tatsächlich erfolge die Umsetzung angesichts eines starren Machtsystems und unzureichender Ressourcen nur schleppend. Auch die Folgen der Krimannexion schadeten der Umsetzung der Reformvorhaben, wie etwa dem Ziel, bessere wirtschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufzubauen.

Auf die Frage nach den Folgen russischer Medienmanipulation antwortete **Andrew Monaghan**, die russischen Informationsnetzwerke seien mehrsprachig und sehr effektiv. Die örtliche Bevölkerung dazu zu bewegen, ausländischer Medienberichterstattung zu folgen; sei schwer. Diese werde vielfach als tendenziös abgelehnt. Abgeordneter **Giorgi Baramidse** (Georgien) erkundigte sich, wie der Westen adäquat auf die Aggression der Russischen Föderation reagieren könne. **Andrew Monaghan** riet davon ab, „gegen Russland" zu denken. Die Sanktionen hätten voraussichtlich nur kurzfristig negative Auswirkungen auf die russische Wirtschaft und führten langfristig eher zu verstärkten Stabilisierungsanstrengungen mit dem Ergebnis, dass sich die russische Gesellschaft bis 2018 revitalisieren werde.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfes „NATO-Partnerschaften und die Politik der offenen Tür des Bündnisses“ des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviciene (Litauen)

Berichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass NATO-Partnerschaften für die Stärke der Allianz heute wichtiger seien denn je. Insbesondere beim Krisenmanagement seien Kooperationen mit Partnern unverzichtbar. Beiträge von Partnern zu NATO-geführten Missionen stärkten die militärischen Kapazitäten der NATO und führten zu einer höheren Akzeptanz des Einsatzes. Auch die NATO-Erweiterung habe zu mehr Stabilität und Sicherheit in Europa geführt. Die Politik der Offenen Tür müsse deshalb fortgesetzt werden.

Zur Diskussion standen einzelne Änderungsanträge der georgischen Delegation, die weitgehend angenommen wurden. Im Anschluss an einer kontrovers geführten Debatte zwischen Delegierten aus Aserbaidschan und Armenien über den Konflikt in Bergkarabach wurde der geänderte Berichtsentwurf einstimmig angenommen.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 22. November 2014, und am Sonntag, 23. November 2014, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich).

I. Ansprache der Verteidigungsministerin der Niederlande Jeanine Hennis

Die Verteidigungsministerin der Niederlande **Jeanine Hennis** betonte die Bedeutung einer erhöhten Verteidigungskooperation der NATO-Mitgliedstaaten untereinander. Eine gerechte Lastenteilung zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern und den Vereinigten Staaten sei nur so realisierbar. Das letzte Jahr habe erhebliche sicherheitspolitische Herausforderungen mit sich gebracht: Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation, die Entstehung des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) im Irak und in Syrien und die damit einhergehende Instabilität der östlichen und südlichen NATO-Flanke. Angesichts hoher Flüchtlingszahlen und steigender terroristischer Bedrohungen stünden innerstaatliche und internationale Sicherheitsherausforderungen in einem engen Zusammenhang. Hinsichtlich der verschlechterten Beziehungen zwischen NATO-Mitgliedern und der Russischen Föderation betonte sie, dass niemand ein Interesse an einer Wiederbelebung des Kalten Krieges haben könne. Sie schloss sich den Aussagen des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg an, der zwischen einer Stärkung der NATO und einer Wiederbelebung der Beziehungen zur Russischen Föderation keinen Widerspruch sehe. Zudem sprach sie sich für eine Wiedereinsetzung des NATO-Russland-Rates aus. Nach Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets (*out-of-area*-Einsätze), wie auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Rahmen der Anti-Piraterie-Missionen an der somalischen Küste, habe die Ukrainekrise das Erfordernis einer Rückbesinnung auf die originäre Aufgabe der NATO, die Verteidigung der territorialen Integrität ihrer Mitglieder, vor Augen geführt. Niederländische Streitkräfte kooperierten mit deutschen und norwegischen Streitkräften, um eine schnelle Reaktionsfähigkeit der NATO zu unterstützen.

Die Ministerin sprach sich in der nachfolgenden Diskussion für eine längerfristige und aufeinander abgestimmte Verteidigungsplanung der NATO-Mitglieder und gegen weitere Kürzungen europäischer Verteidigungshaushalte aus, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des Gipfels von Wales stünden. Die NATO müsse angesichts der Provokationen der Russischen Föderation geschlossen auftreten und handeln können. Sie unterstrich die Bedeutung eines multilateralen interparlamentarischen Dialoges.

II. Vortrag von Claude-France Arnould, Geschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA), zum Thema „Europäische Verteidigung, eine Priorität für Staats- und Regierungsoberhäupter“

Claude-France Arnould forderte, den Zusagen der Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Wales konkrete Verteidigungskooperationen folgen zu lassen. Sie begreife es als Aufgabe der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA), den Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie mit Projekten zu begleiten und zu unterstützen. Verteidigungskooperationen zwischen den Mitgliedstaaten erforderten Anreize von Seiten der NATO und der EU. Dabei verstehe sich die EVA als Ergänzung zur NATO. Eine stärkere Kooperation sei etwa in den Bereichen Luftbetankung von Flugzeugen und *Cyber*-Sicherheit erforderlich. Sie lobte die Niederlande für ihre Initiative, bis 2020 eine multinationale Flotte für die Luftbetankung aufzubauen und bezeichnete den Erwerb und die Entwicklung von Überwachungsdrohnen für die EU bis 2025 als prioritär.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der anschließenden Diskussion sprachen angesichts des aktuellen Sicherheitsumfeldes sich zahlreiche Mitglieder für eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben europäischer NATO-Mitgliedstaaten aus. Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) ermahnte, nicht mit dem *Smart Defence* -Ansatz von dem Ziel abzulenken, 2 Prozent des Bruttosozialproduktes für Verteidigungsausgaben bereitstellen zu sollen. Dem stimmte **Claude-France Arnould** zu und ergänzte, dass insbesondere die unzureichenden Investitionen in Forschung und Entwicklung einer dynamischen europäischen Verteidigungsindustrie entgegenstünden.

III. Beratung des Berichtsentwurfes „*Smart Defence*: Der Erwerb von Plattformen angesichts neuer Technologien - Drohnen: Eine Fallstudie“ des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, vorgelegt von Berichterstatter Senator Xavier Pintat (Frankreich)

Berichterstatter Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) erklärte, die Vorteile von unbemannten Luftfahrzeugen (UAV) lägen insbesondere im Bereich Ausdauer, Langlebigkeit und Verwendungsbreite, sowohl für geheimdienstliche als auch für militärische Zwecke. Die Bedeutung von ferngesteuerten Flugzeugen in modernen Militärinterventionen werde weiter zunehmen. Bislang würden UAVs jedoch trotz ihrer Vorteile von europäischen Streitkräften nicht zum Einsatz gebracht. Die Entwicklung und der Einsatz einer neuen Generation unbemannter Fluggeräte sei eine Chance, die ungleiche Lastenteilung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu relativieren. Die größte Herausforderung in der Konstruktion von Drohnen der zweiten Generation sei, ein Gleichgewicht zu erreichen zwischen Ausdauer, Nutzlast und hoher Lebensdauer. Wenn in den nächsten Jahren die erforderlichen Ressourcen zur weiteren Entwicklung von Drohnen zur Verfügung gestellt würden, sehe er die Zukunft der Drohne zweiter Generation hauptsächlich in Europa.

Diskutiert wurden die Nutzungsmöglichkeiten bewaffneter Drohnen, die im Einklang mit internationalen Menschenrechten stehen müssten. Nach Ansicht einiger Delegierter bestehe die Gefahr des Missbrauchs von Drohnen durch autoritäre Regime. Der Berichtsentwurf wurde in geänderter Fassung vom Ausschuss angenommen.

IV. Podiumsdiskussion mit Generalleutnant Mart de Kruif, Kommandant der königlichen niederländischen Armee, und Generalleutnant Bruno Kasdorf, Kommandant der deutschen Armee, zum Thema „Stand und Chancen niederländisch-deutscher Kooperation auf dem Gebiet mobiler Lufteinsatzkommandos“

Generalleutnant **Mart de Kruif** bezeichnete die deutsch-niederländische Kooperation als ein Beispiel guter bilateraler Verteidigungskooperation innerhalb der Allianz. Generalleutnant **Bruno Kasdorf** ergänzte, dass sich das aktuelle Gefahrenspektrum enorm erweitere habe und dass kein nationales Militär die Fähigkeit besäße, die daraus resultierenden militärischen Herausforderungen alleine zu bewältigen. Deutschland und die Niederlande teilten eine ähnliche Strategiekultur und ein gleiches Verständnis von Professionalität, was eine Kooperation erleichtere. Er erläuterte die verschiedenen Formate deutsch-niederländischer Verteidigungskooperation: Die Integration der Elften Niederländischen Brigade für Luftoperationen in die deutsche Division, die bilaterale Kooperation auf dem Gebiet der Artillerie und die Erstellung eines deutsch-niederländischen Korps. Deutschland und die Niederlande würden ihre Kooperation mit der Aufstellung der ersten bilateralen schnellen Eingreiftruppe und mit einem erhöhten Offiziersaustausch vertiefen. Beide Sprecher bezeichneten die deutsch-niederländische Kooperation als Vorbild für zukünftige intereuropäische Verteidigungskooperationen. Generalleutnant **Bruno Kasdorf** wies hinsichtlich der Situation in Afghanistan darauf hin, dass eine militärische Kooperation umso schwieriger werde, je mehr Nationen daran beteiligt seien. Generalleutnant **Mart De Kruif** schlug vor, junge Offiziere zu einem frühen Zeitpunkt ihrer Karriere in internationale Einheiten zu entsenden, um sie im kulturellen Verständnis zu schulen und so ein nachhaltiges internationales Netzwerk zu etablieren.

Thematisiert wurden zudem Erfahrungen in der französisch-deutschen Militärzusammenarbeit. Die Herausforderung sei hier vor allen die politische Verständigung im Vorfeld der gemeinsamen Operation. Diskutiert wurden das grundsätzliche Verhältnis von politischen Einigungsprozessen und der militärischen Kooperation sowie die Rolle der nationalen Parlamente.

V. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan 2014: NATO und Staatengemeinschaft am Scheideweg“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) bezeichnete das Jahr 2014 als ein schweres Jahr für Afghanistan, die NATO und ihre Partnerstaaten. Nach 13 Jahren beende die *International*

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Security Assistance Force (ISAF) in diesem Jahr den Einsatz. Die ISAF sei eine erfolgreiche Operation gewesen und dankte allen beteiligten Nationen. Die Gründung der neuen Regierung der nationalen Einheit unter Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah stelle einen großen politischen Erfolg dar, der den diplomatischen Bemühungen des US-Außenministers John Kerry zu verdanken sei. Der Generalberichterstatter begrüßte die Unterzeichnung der bilateralen Sicherheitsvereinbarung mit den Vereinigten Staaten und dem *Status of Forces Agreement* mit der NATO durch die neue Regierung in Kabul. Damit sei der Grundstein für ein Engagement der NATO und der Vereinigten Staaten in Afghanistan über das Jahr 2014 hinaus gelegt. Der Generalberichterstatter betonte, dass die *Afghan National Security Forces* (ANSF) nach wie vor der Unterstützung durch die NATO und ihrer Partnerstaaten bedürfe, um die großen Herausforderungen des Landes zu meistern. Es werde erwartet, dass die Unruhen nach dem Abzug der ISAF-Truppen eher zunähmen. Darüber hinaus drohe Afghanistan, ein Zufluchtsort für Terroristen zu werden.

In der Diskussion sprachen sich einige Delegierte dafür aus, im Bericht nicht auf Verbindungen zwischen der pakistanischen Regierung und afghanischen Aufständischen hinzuweisen und Mitglieder der neuen afghanischen Regierung nicht als „Kriegsherren" zu titulieren. Delegierte der afghanischen Delegation bedankten sich für den Einsatz der ISAF-Staaten. Mit Hinweis auf die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten, wie beispielsweise den Mohnanbau oder die mangelhafte Ausrüstung der ANSF, warnte einer der afghanischen Delegierten, dass ohne eine weitere internationale Unterstützung die Taliban wieder die Oberhand gewinnen würden.

Der Berichtsentwurf wurde in der geänderten Fassung angenommen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes „Regionale und weltweite Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs: Welche Rolle spielt die NATO?" des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit", vorgelegt von Berichterstatter Senator Andrzej Szewinski (Polen)

Berichterstatter Senator **Andrzej Szewinski** (Polen) schilderte die Eskalationsstufen des syrischen Bürgerkriegs von 2011 bis heute. Der syrische Bürgerkrieg und die hieraus resultierende humanitäre Katastrophe seien eine regionale und globale Gefahr geworden. Das Land sei geteilt in Fraktionen, die das Spektrum ideologischer Extreme verträten. Zahlreiche Kämpfer aus den NATO-Mitgliedsstaaten hätten sich salafistischen Extremistengruppen angeschlossen. Trotz der von den Vereinigten Staaten angeführten internationalen Intervention sei eine Lösung des Konflikts nicht in Sicht. Er sprach sich für eine Zivilschutz-Mission der NATO und für eine stärkere Unterstützung der Staaten aus, die syrische Flüchtlinge aufnähmen. Verhandlungen zwischen allen relevanten Akteuren seien der einzige Weg zu einer nachhaltigen Lösung.

Die folgende Debatte hatte eine Beteiligung der NATO im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat" (IS) zum Schwerpunkt. Einige Delegierte mahnten an, dass die Möglichkeiten einer militärischen Aktion seitens der NATO nicht genügend im Bericht erläutert worden seien. Abgeordneter **Mehmet Vecdi Gonul** (Türkei) bat um Ergänzung eines Absatzes zum syrisch-israelischen Verhältnis. Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich) zeigte sich besorgt hinsichtlich der Tatsache, dass zahlreiche ausländische Kämpfer des „IS" aus NATO-Ländern stammten, und bat, die Ursachen im Bericht stärker in den Blick zu nehmen. Dem Vorschlag der spanischen Delegation, eine mögliche Kooperation mit dem Assad-Regime in Betracht zu ziehen, wollte der Berichterstatter nicht folgen. Er sehe keine Zukunft für das Assad-Regime und sprach sich für eine Unterstützung gemäßigter Rebellen aus.

Der Berichtsentwurf wurde in der geänderten Fassung angenommen.

VII. Beratung über die Entschließungsentwürfe „Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte über 2014 hinaus" und „Unterstützung der Ziele des Gipfels von Wales", vorgestellt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) stellte im Entschließungsentwurf zu Afghanistan die Bedeutung der ISAF-Folgemission *Resolute Support Mission* (RSM) für die Stabilisierung des Landes hervor. Durch diese Unterstützungsmaßnahmen könne die Regierung in der Lage versetzt werden, den Kampf gegen Korruption sowie institutionelle Reformen voranzutreiben.

Auf Anregung der Abgeordneten **Ulla Schmidt** (Deutschland) brachte die deutsche Delegation einen Änderungsantrag ein, wonach in die Entschließung das ausdrückliche Ziel aufgenommen werden soll, die Gleichstellung von Mann und Frau in den unterstützenden Projekten weiter zu stärken und die VN-Resolution 1325 für Frauen, Frieden und Sicherheit vollumfänglich umzusetzen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Der zweite Entschließungsentwurf zu den Zielen des NATO-Gipfels von Wales rief eine Diskussion zum Thema Erhöhung der Verteidigungshaushalte und Lastenteilung innerhalb der NATO hervor. Die Präambel des Entschließungsentwurfs sah vor, dass alle Partner mindestens zwei Prozent ihres Bruttosozialproduktes (BSP) für Verteidigung ausgeben und hiervon mindestens 20 Prozent in den Erwerb neuer Ausrüstung sowie in Forschung und Entwicklung zukünftiger Kampfsysteme investieren sollen.

Abgeordneter **Jack Harris** (Kanada) gab zu bedenken, dass dies eine 100-prozentige Erhöhung der Verteidigungsausgaben seines Landes nach sich ziehen würde, was er nicht unterstützen könne. Die amerikanische Delegation äußerte sich mit Blick auf die aktuelle Sicherheitslage überrascht über diesen Einwand. Die ungleiche Lastenteilung zuungunsten des amerikanischen Verteidigungshaushaltes belaste die Unterstützung der Bevölkerung für ein US-Engagement in der NATO. Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) erinnerte die Delegierten daran, dass die Zahl von zwei Prozent nach der Erklärung des NATO-Gipfels in Wales nur einen Zielwert darstelle. Für entscheidender halte er den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten. Die niederländische Verteidigungsministerin **Jeanine Hennis** stimmte ihm zu und lobte die Überprüfung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch eine Kommission des Deutschen Bundestages.

Beide Entschließungsentwürfe wurden mit Änderungen angenommen.

VIII. Vortrag von Peter Sawczak, Leiter der Abteilung Regierungsbeziehungen und politische Angelegenheiten der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW), zum Thema „Chemische Abrüstung: Syrien und danach“

Peter Sawczak berichtete über die Arbeit seiner Organisation, deren Ziel ein internationales System mit Staaten ohne Chemiewaffen sei. Neue Herausforderungen führten jedoch zu einer Verschiebung der Prioritäten innerhalb der Organisation. Die Chemiewaffenkonvention setze sich aus vier Säulen zusammen: Abrüstung, Nichtverbreitung, Unterstützung und Schutz sowie Kooperation zur friedlichen Nutzung der Chemie. Die Konvention verbiete mithin nicht nur die Nutzung von Chemiewaffen, sondern auch ihre Entwicklung, Herstellung, Lagerung, den Transfer und ihre Erhaltung. Sie sei das einzige rechtlich bindende Abkommen zum Verbot einer ganzen Klasse von international verifizierten Massenvernichtungswaffen. Nur zwei Monate nachdem Syrien im September 2014 seine Entscheidung zum Beitritt verkündet habe, seien alle Kategorie -1-Chemikalien aus Syrien zerstört und verbleibende Chemikalien der Stufe 2 im Vereinigten Königreich, in Finnland, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten vernichtet worden. Die Bereitstellung von Logistik durch die Vereinigten Staaten sei ein Garant für das Gelingen der Mission in Syrien gewesen. Die OPCW, die sich herkömmlich auf die Vernichtung von Chemiewaffen konzentriert habe, nehme zunehmend auch die Prävention des Baus neuer Waffen in den Blick. Denn neue Chemieproduktionstechnologien und digitale Kommunikationsformen böten heute Möglichkeiten der Kleinproduktion von Chemikalien, deren Herstellung durch nicht-staatliche Akteure besondere Risiken in sich berge. Er bedauerte, dass die aktuelle Gesetzgebung zum Gebot der Nichtverbreitung diesen Risiken nur unzureichend gerecht würde.

IX. Wahl der zukünftigen Mandatsträger

Alle zur Wiederwahl stehende Mandatsträger wurden in ihren Ämtern per Akklamation bestätigt. Dies waren im Einzelnen Abgeordnete **Loretta Sanchez** (Vereinigte Staaten) als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) und Senator **Andrzej Szewinski** (Polen) als stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation“ sowie Abgeordneter **Angel Tilvar** (Rumänien) als Berichterstatter des Ausschusses.

5. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 22. November 2014. Die Leitung übernahmen nacheinander die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden: Abgeordneter **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich), Abgeordneter **Faik Oztrak** (Türkei) und Abgeordneter **Ivan Klementjevs** (Lettland).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Überblick über Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die russische Wirtschaft und die Auswirkungen der Sanktionen des Westens, wirtschafts- und sicherheitspolitische Entwicklungen in der Sahel-Zone sowie das Transatlantische Freihandelsabkommen.

II. Diskussion mit Jeroen van der Veer, ehemaliger *CEO* bei der niederländischen *Shell Oil,* Adjiedj Bakas*,* Trendforscher*,* und Coby van der Linde, Direktor des *Clingendael International Energy Programme* (CIEP), zum Thema „Kollektive Energiezukunft"

Jeroen van der Veer begann seine Ausführungen mit einigen Mythen: Entgegen der allgemeinen Einschätzung sei der Anteil von Steinkohle im Energiemix in den letzten Jahren im Vergleich zum Anteil der erneuerbaren Energien gestiegen. Die Tatsache, dass die weltweiten Öl- und Gasreserven begrenzt seien, bedeute nicht automatisch, dass sie in absehbarer Zeit aufgebraucht sind. Und ein zunehmender Anteil an erneuerbaren Energien im Energiemix verringere nicht zwangsläufig den Verbrauch an fossilen Brennstoffen. Zur Analyse der Energiesicherheit in Europa stellte er fest, eine eigene Förderung von Schiefergas, das sogenannte Fracking, verbessere die Position bei Preisverhandlungen für russisches Gas. Er mahnte eine gemeinsame europäische Energiepolitik an. Der Ausbau von verschiedenen Gaspipelines bringe mehr Flexibilität in der Versorgungssicherheit. Er kritisierte, dass die Preise im CO_2-Emissionshandel zu niedrig seien.

In der Diskussion thematisierten die Abgeordneten die Sicherheit von Fracking. Jeroen van der Veer erklärte, Fracking sei keine neue Technologie, sie sei weltweit schon eine Million Mal sicher angewendet worden. Er warb für klare Sicherheitsmaßnahmen und Transparenz, beispielsweise durch die Veröffentlichung der verwendeten Chemikalien. Der Zukunfts- und Trendforscher **Adjiedj Bakas** thematisierte eine zukünftig klügere Nutzung der Energiereserven und eine Effizienzsteigerung. Die Höhe der Energiepreise habe direkte Auswirkungen auf Industrieansiedlungen. Er warb für mehr Investitionen in Technologien und die Kreativität von jungen Menschen, die andere Lösungsansätze verfolgten. In der Diskussion thematisierten die Abgeordneten den Preisunterschied von Schiefergas in Europa und in den Vereinigten Staaten sowie die Sanktionen gegen Russland. Der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) fragte mit Blick auf den europäischen Gasmarkt nach Gaslieferungen aus Aserbaidschan und dem östlichen Mittelmer, z. B. Zypern. **Jeroen van der Veer** erklärte den Preisunterschied mit den höheren Erschließungs- und Betriebskosten durch unterschiedliche, insbesondere geologische Voraussetzungen. Die Grenze für eine lukrative Förderung von Schiefergas durch Fracking läge bei einem Ölpreis von unter 70 USD je Barrel. **Coby van der Linde** sagte, Sanktionen seien grundsätzlich nicht sinnvoll, da sie nur langfristig eine Wirkung entfalten würden, hingegen technischer Fortschritt verzögert werde.

III. Vortrag von Christopher Davis, Professor für Wirtschaft, Universität Oxford, und Wissenschaftler am Wolfson College, zum Thema „Der aktuelle Stand der russischen Wirtschaft und die möglichen Folgen der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen"

Aus seiner Sicht erläuterte **Christopher Davis** die Struktur der russischen Wirtschaft und die Wirkungen der aktuellen Sanktionen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) habe sich deutlich verlangsamt, man verzeichne eine Beschleunigung der Inflation sowie Wertverluste durch Wechselkurseinbrüche. Der Westen habe schon lange Erfahrungen mit Sanktionen gegen Russland. Er gab, beginnend mit der Sowjetunion 1917, einen Überblick über die Zyklen zwischen Sanktionen und verstärkten wirtschaftlichen Aktivitäten. Aktuell reagiere Russland auf die Sanktionen mit Gegenmaßnahmen, gezielt auch in Richtung Ukraine. Russland orientiere sich zudem stärker nach Asien, baue gemeinsam mit China eine Gaspipeline und intensiviere die Handelsbeziehungen zu den Ländern, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen, wie Indien, Südkorea und Iran. Mit Asien, insbesondere China, werde auch die militärische Zusammenarbeit ausgebaut.

In der Diskussion erläuterte Christopher Davis auf Nachfrage, die Ölpreisentwicklung hätte stärkere Auswirkungen auf Russland als die Sanktionen. Er sagte, vor einigen Jahren habe Russland einen Stabilisierungsfonds eingerichtet, um im Fall sinkender Staatseinnahmen aufgrund fallender Ölpreise wichtige Staatsausgaben, wie Renten und die Gesundheitsfürsorge, auf einem gleichbleibenden Niveau halten zu können. Der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) fragte nach einer möglichen Kompensation durch Uranverkäufe, denn Russland sei weltweit der größte Uranerzeuger. **Christopher Davis** sah darin keine Alternative, da es Russland trotz vieler Rohstoffe an Wettbewerbsfähigkeit mangele und die Rohstoffpreise hohen Schwankungen unterliegen. Russland strebe an, ein moderner Industriestaat zu werden und ein Gleichgewicht zwischen Öl, Gas, anderen Rohstoffen und Industrieprodukten zu erreichen. Abschließend verwies er auf die Auswirkungen, die die Sanktionen auch für die westlichen Volkswirtschaften bedeuten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Beratung des Berichtentwurfs „Die wirtschaftlichen Dimensionen eines veränderten Ansatzes der USA und Europas gegenüber Asien" des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Natalie Goulet (Frankreich)

Berichterstatterin Senatorin **Natalie Goulet** sagte, die Länder der Welt seien heute mehr denn je voneinander abhängig, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Dies biete auch einen gewissen Schutz vor Konflikten. Sie betonte die Bedeutung Asiens aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung und seines enormen Potenzials. Die Ausrichtung der USA in Richtung Asien-Pazifik-Region habe eine längere Geschichte, aber Europa dürfe den Anschluss nicht verpassen. Sie bezeichnete die Militärpräsenz der USA in Asien als Balanceakt. Für viele Länder der Region bedeute sie Sicherheit und Stabilität, China hingegen sei extrem misstrauisch. Offenheit und Transparenz bei den Zielen und Absichten seien daher wichtig. In vielen westlichen Ländern gebe es Ängste und daher Widerstand gegen die Öffnung der Handelsbeziehungen mit Asien. Man müsse dieser innenpolitischen Herausforderung durch gezielte soziale und wirtschaftliche Maßnahmen begegnen. Von der transpazifischen Partnerschaft könne auch Europa enorm profitieren. Auch verfüge Europa über große Erfahrungen in Bezug auf Integrationsprozesse, habe keine militärischen Ambitionen in der Region und sei deshalb für viele Länder in Asien interessant. Sie empfahl, dass Europa und die USA in Asien getrennte Wege, aber mit gleicher Zielrichtung gehen sollten. Die NATO habe in der Region das Interesse, die wichtigen Partnerschaften mit demokratischen Staaten weiterzuentwickeln. Wegen der Bedeutung der Region und des Themas schlug die Berichterstatterin vor, eine Sondergruppe Asien-Pazifik-Region zu gründen, analog zur bestehenden Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten (GSM).

Der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) und andere unterstützen diesen Vorschlag ausdrücklich.

Der Berichtsentwurf wurde ohne Änderungen einstimmig angenommen.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheitspolitische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Sahel-Zone" des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung", vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter Abgeordneter Michal Szczerba (Polen)

Berichterstatter Abgeordneter **Michal Szczerba** erklärte, der Berichtsentwurf sei vor der Reise des Unterausschusses nach Mali im Oktober fertiggestellt worden. Seither habe sich die Lage im Norden des Landes weiter verschlechtert. Die größten Probleme seien schwache staatliche Strukturen, die sehr schlechte wirtschaftliche Lage und die mangelnde Versorgung sowie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die für einen großen Zulauf zur organisierten Kriminalität und zu den Dschihadisten sorge. Auch die instabile Lage im Süden Libyens habe Auswirkungen auf die Sahel-Zone. Für eine Verbesserung der Situation seien eine erfolgreiche Bekämpfung der islamisch-terroristischen Gruppierungen und eine interne Konfliktlösung im Norden Malis notwendig. Der Aufbau staatlicher Strukturen und Autorität sowie politische, gesellschaftliche und sozio-ökonomische Entwicklungen müssen von der internationalen Gemeinschaft unterstützt und finanziell gefördert werden. Die Einbeziehung der Frauen in die Entwicklung der Gesellschaft habe große Bedeutung. Auch sah er die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation der Regierungen der Sahel- und Maghrebstaaten in einer Regionalorganisation, die es bisher nicht gebe. Entscheidend sei auch die intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste.

In der Diskussion wies der Abgeordnete **Charles M. Huber** (Deutschland) auf die historischen und kulturellen Beziehungen der beiden Ethnien Tuareg und Bambarabevölkerung hin. Mit den Tuareg müsse über ihren Handel mit Drogen, Sklaven und Waffen gesprochen und dieser unterbunden werden. Themen in der Diskussion waren auch die Auswirkungen der Ebola-Epidemie auf die Region und die militärische Zusammenarbeit mit Mali. Senatorin **Natalie Goulet** (Frankreich) sprach sich dafür aus, im Bericht die Verpflichtung der Geberländer zu betonen, zugesagte finanzielle Mittel auch zur Verfügung zu stellen.

Der Berichtsentwurf wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verhandlung der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien) betonte die Vorteile eines offenen, transatlantischen Handelssystems. Die Gespräche verliefen inzwischen schleppender als erwartet, man verhandle zeitaufwändig über Detailfragen. Für Fortschritte müssten beide Seiten echte Zugeständnisse machen. Die Spanne der Problembereiche erstrecke sich von der Landwirtschaft aufgrund der staatlichen Subventionierungsprogramme über die öffentliche Auftragsvergabe bis hin zur Regulierung des Finanzsektors. Schwierig zu

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

lösen sei auch das Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat. Er stellte fest, die Legitimierung von Staaten, schwierige Entscheidungen auf demokratische Weise zu treffen, sowie eine staatliche Kontrolle sollten unverletzlich bleiben. Er betonte, in zunehmendem Maße sei eine politische und soziale Mobilmachung zu beobachten. Es sei daher ausschlaggebend, das Vertrauen der Öffentlichkeit durch ein gewisses Maß an Transparenz zu stärken. Vertrauliche Verhandlungen seien nicht *per se* undemokratisch, solange am Ende die Ratifizierung des Vertrages stehe. Die Verhandlungsführer und ihre Regierungen müssten demzufolge einen Balanceakt zwischen Offenheit und Effizienz vollführen.

In der Diskussion betonte er, die Interessen der Türkei, Norwegens und auch Islands als Bündnispartner, aber Nicht-EU-Mitglieder müssten im Auge behalten werden. Er sagte, die Kommission der Europäischen Union (EU) wolle zukünftig für jedes Kapitel des Abkommens die eigene Position vor der Verhandlung veröffentlichen.

Der Berichtsentwurf wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Verhandlung der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft ", vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Diego Lopez Garrido (Spanien)

Der Generalberichterstatter nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen des Generalberichtes. In der Entschließung solle betont werden, dass die Interessen der Verbraucher und Arbeitnehmer geschützt werden müssen, die Verbrauchersicherheit nicht gefährdet werde und eine breite Öffentlichkeitskampagne für die Akzeptanz der Ergebnisse erforderlich sei. Außerdem solle das Interesse der Bündnispartner berücksichtigt werden, die nicht der EU angehören.

Die deutsche Delegation brachte zwei Änderungsanträge ein, u. a. die Ergänzung, dass auch die bestehenden sozialen Standards nicht gefährdet werden dürften.

Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen mehrheitlich angenommen.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), berichtete von der Reise nach Japan. Für 2015 kündigte er einen Bericht zum Thema Terrorismusfinanzierung an. Der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz", Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich), berichtete von den Reisen nach Marokko und Mali. Im kommenden Jahr seien Reisen nach Georgien und in die Ukraine geplant. Thema des Berichts werde die wirtschaftliche Lage in der Ukraine sein.

IX. Wahl der zukünftigen Mandatsträger

Alle zur Wiederwahl stehenden Mandatsträger wurden per Akklamation in ihren Ämtern bestätigt. Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Faik Oztrak** (Türkei) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete **Franklin van Kappen** (Niederlande). Für den Unterausschuss „Übergang und Entwicklung" wurden der Abgeordnete **Michal Szczerba** (Polen) sowie der Abgeordnete **Gus Bilirakis** (Vereinigte Staaten) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Neuer Berichterstatter des Unterausschusses wurde Abgeordneter **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich). Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" wurden der Abgeordnete **Brett Guthrie** (Vereinigte Staaten) und Abgeordneter **Ossur Skarphedinsson** (Island) zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Die Sitzung des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit fand am Samstag, 22. November 2014, und Sonntag, 23. November 2014, statt und wurde von dem Vorsitzenden, **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) geleitet.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Beratung des Berichtsentwurfes „Der politische Übergang in Afghanistan: Erfolge und Herausforderungen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) äußerte sich lobend über die Durchführung der letzten Wahlen in Afghanistan. Die Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens mit den Vereinigten Staaten und das *Status of Forces Agreement* (SOFA) mit der NATO seien wesentliche Grundlagen für die Unterstützung durch eine internationale Mission als Nachfolger der ISAF. Das Land stehe vor zahlreichen Herausforderungen. So sei die Konstituierung einer nationalen Einheitsregierung schwierig. Die Berichterstatterin bat die afghanischen Kollegen, den Kompromiss zwischen den Kontrahenten Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani sowie Gesetzesänderungen zur Umsetzung der politischen Einigung mitzutragen. Reformbedürftig seien ferner der Einfluss ethnischer und traditioneller Strukturen auf die Regierungsführung des Landes und die Zentralisierung des afghanischen Regierungssystems. Nach wie vor sei das Justizsystem zu schwach und für große Teile der Bevölkerung unzugänglich. Für einen Fortschritt im Bereich Frauenrechte sei die internationale Unterstützung erforderlich, auch wenn das Thema zunehmend auch von afghanischer Seite vorangebracht werde.

In der Diskussion begrüßten zahlreiche Mitglieder die positiven Entwicklungen in Afghanistan und schlossen sich der Forderung nach einer Stärkung der Frauenrechte an. Ein Mitglied der afghanischen Delegation unterstrich die große Bedeutung einer Fortsetzung der NATO-Unterstützung und sprach sich für eine aktivere Rolle Pakistans in den aktuellen Friedensgesprächen mit den Taliban aus.

II. Vortrag von Henk Jan Ormel, Leitender Berater für Veterinärpolitik, Tiergesundheitsdienste, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, zum Thema „Die Rache von Krankheiten, die Mensch-Tier Beziehung als Hauptrisikofaktor für die Sicherheit globaler Gesundheit“

Henk Jan Ormel appellierte, die Gefahr von ansteckenden Tierkrankheiten für den Menschen als Thema stärker ins Bewusstsein zu nehmen. Das Thema Tiergesundheit sei für die globale Gesundheitssicherheit wichtig, da etwa 70 Prozent aller infektiösen menschlichen Krankheiten vom Tier stammten. Haupteinflussfaktoren des allgemeinen Krankheitsrisikos seien das Wachstum der Weltbevölkerung, die sich wandelnden Konsumentenstrukturen (Anstieg des Fleischverzehrs und dessen Produktion), ungleiches Wirtschaftswachstum und die Globalisierung, die zu einem Anstieg im Transport von Nahrung, Tieren und Menschen führe. Bis heute sei beispielsweise nicht bekannt, woher die Vogelgrippe H5N8 komme, wie sie sich verbreite oder warum die Epidemie nicht schon früher aufgetreten sei. Sie habe eine schwere Krankheitswelle in Südkorea ausgelöst, gefolgt von einer Epidemie in Europa. Auch der Ebola-Virus werde von Tieren übertragen und habe beachtliche Auswirkungen auf den Menschen und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den betroffenen Regionen. Um eine nachhaltige Ausweitung solcher Viren und die Verbesserung der globalen Gesundheitssicherheit zu erreichen, müsse mehr in die Untersuchung in Gebiete investiert werden, in denen sich diese Epidemien erstmalig verbreiteten. Aufklärung, Prävention und schnelle Versorgungsmöglichkeiten müssten unternommen werden. In einem *One Health*-System sollten tierische, menschliche und umweltbezogene Gesundheit in einem geschlossenen Konzept betrachtet werden.

In der anschließenden Diskussion wurde die Verantwortung der Politik bei der Aufklärung und der psychologischen Handhabung von Epidemien debattiert. Wichtig sei die Vermeidung von Fehleinschätzungen bezüglich der Gefahren sowie die Schaffung präventiver Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Krankheiten.

III. Vortrag von Margriet Drent, Forschungsleiterin im Clingendael Institute, Den Haag, zum Thema „EU-Russland Beziehungen – Zwei verschiedene Welten“.

Margriet Drent warf die Frage auf, ob die Russische Föderation streng normativ betrachtet oder der Dialogwille in den Vordergrund gestellt werden solle. Sie begründete die Verschlechterung der Beziehungen mit von Beginn an grundlegend divergierenden Ansichten und Erwartungen an die Zusammenarbeit der EU mit Russland. In den gemeinsamen Nachbargebieten seien die Rivalitäten geblieben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Beratung des Berichtsentwurfes „Terrorismusbekämpfung: Aufbau von Sicherheit und Verteidigung demokratischer Institutionen“ des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung", vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Berichterstatterin Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) führte aus, terroristische Gefahren seien in Europa so groß wie nie zuvor. Die vom sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) ausgehende Gefahr sei für die Allianz von besonderer Relevanz, da der „IS“ auch an der türkischen Grenze operiere. Die Organisation Al-Qaida sei eine dezentrale Einheit, die sich, basierend auf lokalen Bewegungen, neu erfinde. Der Arabische Frühling habe die politische Landschaft in der MENA-Region verändert.

Politische und wirtschaftliche Instabilität und teilweise Zerfall der Staatlichkeit bereiteten extremistischen Gruppierungen einen Nährboden. Der „IS“ und andere Terrororganisationen zögen durch territoriale Erfolge Kämpfer an. In Syrien und im Irak radikalisierte ausländische Kämpfer, die nach Hause zurückkehrten, würden eine signifikante Gefahr für die Sicherheit im euroatlantischen Raum darstellen. Der NATO komme in der Terrorbekämpfung eine zentrale, nationalen und EU-Bemühungen komplementäre Rolle zu.

Diskutiert wurden verschiedene Terrorbekämpfungsstrategien, wie beispielsweise die Unterstützung der vom Terror betroffenen Staaten und die Ermutigung von Staaten, sich am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen. Gefordert wurde die Intensivierung der EU-NATO-Zusammenarbeit. Die Berichterstatterin betonte die Bedeutung der Einhaltung von Menschenrechten bei Maßnahmen der Terrorbekämpfung. Die Terrorgefahr dürfe nicht zu einer Verschärfung der Rhetorik gegenüber Muslimen führen.

V. Vortrag von Mark Singleton, Direktor des Internationalen Zentrums für Terrorismusbekämpfung, Den Haag, zum Thema „Terrorismus: Neue Herausforderungen“

Mark Singleton zeigte die Komplexität heutiger terroristischer Organisationsstrukturen auf. Die Lage habe sich aufgrund neuer Al-Qaida-Gruppierungen und dem Wegfall ehemaliger Al-Qaida-Einheiten in Folge der geschwächten zentralen Al-Qaida-Führung sowie aufgrund des Agierens von Einzeltätern, die nicht zwingend dem islamistischen Milieu entstammten, enorm verkompliziert. Er sprach sich für eine stärkere Fokussierung auf präventive Maßnahmen aus und informierte den Ausschuss über die Entwicklung von entsprechenden Maßnahmen, wie die Reintegration von Rückkehrern. Die militärische Bekämpfung sei nur ein Teil eines größeren politischen Pakets im effektiven Kampf gegen Terrorismus. Daneben käme insbesondere der Umsetzung von Menschenrechten eine wesentliche Rolle zu.

In der anschließenden Diskussion stimmte die Mehrheit der Delegierten zu, dass Prävention und Kooperation wichtige Instrumente im Kampf gegen den Terrorismus seien. Zudem wurden Gründe erörtert, warum extremistische Gruppen besonders bei jungen Leuten Anklang fänden. Einigkeit bestand darin, dass über die Ursachen von Radikalisierung mehr geforscht werden müsse.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes „Die Syrische Flüchtlingskrise und ihre Auswirkungen auf die Region“ der Sondergruppe „Mittelmeer und Naher Osten“, vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Der Berichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) zufolge konzentriere sich die Krise nicht mehr auf Syrien, sondern wachse weit über die Region hinaus, wie etwa die Massenbewegungen von Flüchtlingen gezeigt hätten. Jordanien, Libanon und die Türkei leisteten Beachtliches durch die Aufnahme von Millionen syrischer und irakischer Flüchtlinge. Dass immer mehr Menschen Zuflucht in Europa suchten, sei eine große Bürde für die europäischen Länder im Mittelmeerraum, was wiederum die Defizite des europäischen Asylsystems aufdecke. Es sei eine erhöhte internationale Unterstützung für die Anrainerstaaten notwendig, weil diese den Flüchtlingsstrom nicht bewältigen könnten. Der vorliegende Bericht befasse sich mit den Gefahren für syrische Frauen und Kinder und untersuche geschlechtsbezogene Menschrechtsverletzungen, wie beispielsweise die Zwangsverheiratung sowie häusliche und sexuelle Gewalt. Ihre Vorschläge für ein Syrien-Strategieprogramm umfassten u.a. die Erhöhung der Unterstützung für angrenzende Staaten und eine multilaterale Mission, wie die von Italien im Oktober 2013 ins Leben gerufenen Marine-Mission *Mare Nostrum*, Standards für die strafrechtliche Verfolgung von Menschenschleusern, eine umfassende Bekämpfung der besonderen Gefahren für Frauen und Kindern, die Schaffung humanitärer Zufluchtsorte in Kriegsgebieten, die Unterstützung von Impfprogrammen und die internationale Verfolgung von Kriegsverbrechern.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Humanitäre Krise an den Südgrenzen Europas“ vorgestellt vom Abgeordneten Marc Angel (Luxemburg)

Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) präsentierte umfassende Statistiken, die sich mit den Ursachen der Flüchtlingsbewegungen befassten. Die Parlamente seien aufgerufen, ihre Regierungen zu einem entschlossenen gemeinsamen Handeln zu drängen. Dabei müsse die Last fairer auf die euroatlantische Gemeinschaft aufgeteilt und Asylverfahrensregelungen rationalisiert sowie innerhalb Europas harmonisiert und vereinheitlicht werden. Grundsätzlich müsse den Ursprungsländern der Flüchtlinge künftig erheblich mehr Aufmerksamkeit zukommen.

Ein Vorschlag der türkischen Delegation, die Einrichtung einer flugfreien Zone in Syrien zu fordern, wurde kontrovers diskutiert und schließlich in modifizierter Form angenommen.

Die insgesamt vier Änderungsanträge für den Entschließungsentwurf wurden angenommen.

VIII. Vortrag von Botschafter Janis Karklins, Direktor am Strategischen Kommunikationszentrum der NATO, zum Thema „Russlands Informationskampagne gegen die Ukraine“

Botschafter **Janis Karklins** erläuterte in seinem Vortrag, wie Kommunikation als Waffe in der russischen Außenpolitik, insbesondere in der Ukraine, wirke. Das Fernsehen sei eine wesentliche Informationsquelle, unterliege einer staatlichen Kontrolle und diene der Machtkonsolidierung Wladimir Putins. Weitere Strategien seien die finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die Unterstützung des Auslandfernsehsenders *Russia Today* in verschiedenen Sprachen und die missbräuchliche Verwendung von Fotos in sozialen Medien. Diese Informationskampagne sei ein ernst zu nehmender Teil einer neuen Art von Kriegsführung.

IX. Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Die Entscheidung der Ukraine für Europa: Die geostrategischen und politischen Folgen“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Witold Waszczykowski (Polen)

Nach Ansicht des Sonderberichterstatters **Witold Waszczykowski** (Polen) gehe es nicht nur um „die Krise in der Ukraine“, sondern um eine zweite Welle der Freiheitsbewegung in Osteuropa und um den Versuch der Russischen Föderation, diese zu unterdrücken. Erst die russische Annexion der Krim hätte die ukrainische Führung dazu gebracht, eine NATO-Mitgliedschaft zu erwägen. Die Entwicklung der Ukraine zu einem demokratischen europäischen Staat sei eine Gefahr für die Regierung in Moskau. Der Berichterstatter forderte mehr zu unternehmen, um einem Zerfall der Ukraine vorzubeugen. Nach Auffassung des Abgeordneten denke die russische Führung nicht in den Kategorien „richtig und falsch“ oder „legal oder illegal“, sondern nur in der Kategorie „stark oder schwach“.

In der sich anschließenden Diskussion wurden Fragen zu Sanktionsoptionen gegenüber der Russischen Föderation erörtert. Der Berichterstatter bewertete wirtschaftliche Sanktionen momentan als einzige Möglichkeit, auf die russische Führung Druck auszuüben. Ein Mitglied der ukrainischen Delegation forderte westliche Länder und Institutionen dazu auf, sich aktiver in die Friedenverhandlungen einzubringen, um deren Erfolgsaussichten zu erhöhen.

X. Beratung des Entschließungsentwurfes „Die Unterstützung der ukrainischen Souveränität und der Demokratie in der Ukraine“ von Sonderberichterstatter Abgeordneter Witold Waszczykowski (Polen)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen) stellte den Entschließungsentwurf als Ausdruck der Solidarität mit der Ukraine zur Diskussion. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der im Entschließungsentwurf ausgesprochenen Verurteilung des russischen Verstoßes gegen internationales Recht. Die Annexion der Krim sei illegal erfolgt, was nicht hingenommen werden könne. Der Russischen Föderation müsse unmissverständlich klar gemacht werden, dass die Krim nie als russisches Staatsgebiet anerkannt werde. Er sah die Gefahr, dass die Krise in der Ukraine zu einem eingefrorenen Konflikt werde und warnte vor den Gefahren eines Friedensabkommens, das den *Status quo* auf der Krim manifestiere. Falls die von Moskau unterstützen Separatisten weiterhin das Minsker Abkommen verletzten und die Teilnahme an konstruktiven Gesprächen verweigerten, könne der Regierung in Kiew nicht das Recht abgesprochen werden, dagegen vorzugehen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Es wurden insgesamt 13 Änderungsanträge für den Entschließungsentwurf eingereicht und angenommen. Die Meisten konzentrierten sich auf die Wortwahl im Entschließungstext. Insbesondere die ukrainischen Ausschussmitglieder unterbreiteten Änderungsvorschläge, vor allem im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung der ukrainischen Souveränität und den Schutz der Bevölkerung.

XI. Wahl der zukünftigen Mandatsträger

Der Ausschuss wählte den Abgeordneten **Vitalina Canas** (Portugal) als Vorsitzenden und Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) als Generalberichterstatterin. Vorsitzender des Unterausschusses für „Demokratische Regierungsführung“ wurde **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), als Berichterstatter wurde Abgeordneter **Witold Waszczykowski** (Polen), als stellvertretende Vorsitzende **Andrius Mazuronis** (Litauen) und **Lois Frankel** (Vereinigte Staaten) sowie als Sonderberichterstatterin **Ulla Schmidt** (Deutschland) gewählt.

XII. Zukünftige Aktivitäten

Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) kündigte an, in ihrem nächsten Berichtsentwurf die Entwicklungen in Afghanistan und Konsequenzen für die Region Zentralasiens nach 2014 untersuchen zu wollen. Darüber hinaus schlug sie vor, regelmäßig eine Studie zur Rolle der Parlamente in der Umsetzung der VN-Resolution 1325 für Frauen, Frieden und Sicherheit durchzuführen. Der Vorschlag wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am 23. November 2014 unter dem Vorsitz von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) zusammen, um sich mit den Themen Abwehr ballistischer Flugkörper, Verteidigungsindustrie der Niederlande, Technologiepolitik der NATO, Cyber und Europas Energiesicherheit zu befassen.

I. Podiumsdiskussion mit Vizeadmiral Matthieu Borsboom und Generalmajor Albert Husniaux zu den Themen „Die Strategie der Niederlande bei der Verteidigungsindustrie und ihre F&E-Politik" sowie „Wissenschaftspolitik der NATO"

In seinem Vortrag schilderte Vizeadmiral **Matthieu Borsboom,** dass auch gegenwärtig noch nicht auf Streitkräfte verzichtet werden könne. Deren Fähigkeiten müssten jedoch den neuen Sicherheitsherausforderungen angepasst werden, indem sie flexibler und mit geeignetem Gerät ausgestattet werden. Dafür sei in den Niederlande die *Defence Material Organisation* (DMO) zuständig; sie sei dem Verteidigungsministerium unterstellt, arbeite aber eng mit Forschungseinrichtungen und der Industrie zusammen; ihr komme angesichts schrumpfender Verteidigungsbudgets eine immer größere Bedeutung zu. Mit seiner neu aufgelegten Kooperationsstrategie verfolge Holland zum einen eine deutliche Effizienzsteigerung bei seiner Sicherheit und zum anderen eine starke Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen und internationalen Markt. Diese enge Verknüpfung von Verteidigungsministerium, Forschung und Industrie empfahl Vizeadmiral Borsboom auch den Verbündeten als probates Mittel zur Effizienzsteigerung.

Generalmajor **Albert Husniaux** vermittelte als *chief scientist* der NATO den Ausschussmitgliedern einen Überblick über seine Arbeit und die F&E-Aktivitäten der NATO. Dazu zähle Strategieplanung, Prioritätenfestlegung und *kick-off* von Initiativen. Am Beispiel der Beschlüsse des NATO-Gipfels von Wales – u. a. gemeinsame Aufklärung, Spionageabwehr – erläuterte Husniaux, dass dabei die Kooperation aller Beteiligten unverzichtbar sei. So müssten die Wissenschaftler den Militärs genau zuhören und umgekehrt, um auf dieser Grundlage passgenaue Lösungen entwickeln zu können. Abschließend plädierte er für ein Umdenken bei Militärinnovationen. Dafür sollten in erster Linie zivile Forschung und Produktion die Basis liefern, so dass daraus eine *defense and security knowledge base* als Ausgangspunkt für interdisziplinäre und internationale Initiativen geschaffen werden könnte.

Die anschließende Diskussion eröffnete Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) mit der Frage, ob Europa wichtige technologische Entwicklungen - Drohnen z. B. - verschlafen habe. Generalmajor **Albert Husniaux** bejahte, dass es eine Fähigkeitslücke gebe, die durch internationale Zusammenarbeit geschlossen werden sollte. Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) erläuterte seinen Kollegen das Dilemma Deutschlands hinsichtlich seiner Ingenieure; um Kernfähigkeiten vorzuhalten, müssten Ingenieure nach dem neuesten Stand der Technik ausgebildet werden. Dies geschehe nicht ausreichend, weil Deutschland kaum Rüstungsgüter in Nicht-NATO-Länder

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

verkaufe und deshalb auch keine mehr entwickle. Aufgrund dessen beteilige sich die Bundesrepublik verstärkt an multilateralen Projekten, was jedoch zwangsläufig zur Aufgabe zahlreicher Produktionsstandorte führe. Generalmajor **Albert Husniaux** pflichtete dem bei und ergänzte, dass diese Situation für kleinere Länder noch viel schwerer verkraftbar sei. In einem Prozess der *Planung ohne Wettbewerb* sollte es möglich sein, Wissen zu bündeln und in Produkte einfließen zu lassen. Abgeordnete **Caroline Dinenage** (Großbritannien) fragte den Referenten, was die NATO unternehmen könne, um Beschaffungsprozesse zu beschleunigen. Generalmajor **Albert Husniaux** bestätigte, dass die Entscheidungen viel zu lange dauerten und verwies auf das *fast-track procurement*, worauf man sich beim Afghanistaneinsatz verständigt habe.

II. Vortrag von Dr. Jonathan Forman, wissenschaftlicher Berater bei der OPCW, Den Haag, zum Thema „Abrüstung chemischer Waffen in einer technologisch voranschreitenden Welt"

Zunächst skizzierte **Dr. Jonathan Forman** die Arbeit seiner Organisation; sie sei in Den Haag angesiedelt, beschäftige 450 Mitarbeiter und vertrete 190 Vertragsparteien - Angola, Ägypten, Nordkorea und Südsudan zählten nicht dazu. Die wesentlichen Aufgaben der OPCW seien Abrüstung, Nichtweiterverbreitung von und Schutz vor Chemiewaffen, aber auch Unterstützung bei der internationalen chemischen Forschung. Deklarierte Chemiewaffenbestände besäßen vor allem die USA und Russland. Irak und Libyen könnten Restbestände haben; fielen diese in die Hände nichtstaatlicher Akteure, könnte das verheerende Auswirkungen haben. Bis auf etwa fünf Prozent seien Syriens Chemiewaffen zerstört worden; allerdings böten die verbleibenden Bestände Anlass zur Sorge. Seine Organisation beaufsichtige auch „Vorläufer" und Abfallprodukte chemischer Waffen sowie Chemieanlagen, wofür hochspezialisierte Fachkräfte notwendig seien - permanent auf dem neuesten Stand der Forschung. Wissenschaftliche Entwicklungen schaue sich die OPCW genauer an, sobald sich neue Pfade zu Verbreitungsmöglichkeiten oder auch zur Camouflage toxischer Chemikalien auftäten. Um da mithalten zu können, werde die Organisation von einem wissenschaftlichen Beirat unabhängiger Experten unterstützt.

Abgeordneter **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich) wollte wissen, bis wann in den USA die verbleibenden zehn Prozent Chemiewaffen vernichtet würden und ob die OPCW auch nichtstaatliche Akteure überwachen könne. **Dr. Jonathan Forman** nannte zum ersten Teil der Frage 2022 als Termin. Er erläuterte, dass es in den einzelnen Ländern nationale Kontrollinstanzen gebe, seine Organisation jedoch versuche zu kontrollieren – auch mit Hilfe eines internationalen Forschernetzwerkes -, wo welche Chemikalien landen. Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) interessierte die Frage, wie nichtstaatliche Akteure, z. B. in Syrien und im Irak, daran gehindert werden könnten, in den Besitz toxischer Chemikalien zu gelangen. **Dr. Jonathan Forman** gab zu bedenken, dass die einzelnen Staaten für diese Überwachung zuständig seien. Zugleich ergänzte er, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass nichtstaatliche Akteure aus entwendeten Chemikalien ausgefeilte Chemiewaffen herstellten, weil dazu sehr viel Sachverstand und ein hoher technischer Aufwand nötig seien; gleichwohl könne man leicht chemische Bestandteile illegal erwerben und mit ihnen sehr viel Unheil verbreiten.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die weltweite Ausbreitung der Systeme zur ballistischen Raketenabwehr", vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Stephen Gilbert (Vereinigtes Königreich)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich) skizzierte die Quintessenz seines Berichts zur Abwehr ballistischer Flugkörper. Die Gefahr durch ballistische Flugkörper nehme zu. Die NATO sei insbesondere über entsprechende Entwicklungen im Iran und in Nordkorea beunruhigt, weil diese Trägerraketen auch Massenvernichtungswaffen transportieren könnten. Deshalb habe das Bündnis 2010 beschlossen, ein Raketenabwehrsystem zum Schutz seiner Bevölkerung zu installieren; ein Beschluss, der beim Gipfel von Wales 2014 bestätigt worden sei. Länder wie China und Russland entwickelten eigene Abwehrsysteme. Er erläuterte anschließend die themenbezogene Entschließung, in der die Fertigstellung des ABM-Systems mit zusätzlichen Mitteln der einzelnen Bündnispartner gefordert wird. Gleichzeitig müssten die NATO-Mitglieder Russland überzeugend vermitteln, dass die Raketenabwehr weder gegen Russland gerichtet sei noch dessen nukleare Abschreckung beeinträchtige. Deshalb auch beinhalte die Entschließung die Forderung nach absoluter Transparenz und Vertrauensbildung sowie das Angebot an Russland zu einer Verteidigungszusammenarbeit.

Der parlamentarische Beobachter der Nationalversammlung Südkoreas **Moon-Jong Hong** bat um Korrektur des Berichts bei einigen Informationen über die Raketenabwehr in Südkorea: unzutreffend sei, dass Südkorea US-amerikanische Technologie dislozieren habe. Ebenso falsch sei die Behauptung, Südkorea konsultiere mit den

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

USA über das Raketenabwehrsystem *Terminal High Altitude Area Defense* (THAAD). Er betonte, dass Südkorea mit dem Frühwarnsatellitenprogramm ausschließlich Raketenabschüsse aus Nordkorea detektieren wolle. Generalberichterstatter **Stephen Gilbert** sagte zu, die Passage zu Südkorea in dem Bericht entsprechend zu überarbeiten. Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) fragte den Generalberichterstatter, was er denn NROs oder *think tanks* antworte, wenn sie die abschreckende Wirkung des ABM-Systems in Abrede stellten. Generalberichterstatter **Stephen Gilbert** entgegnete, dass sie vor irrationalen Einsätzen schützen sollten.

Einstimmig billigten die Ausschussmitglieder den Bericht und die entsprechende Entschließung.

IV. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Der Cyberspace und die euroatlantische Sicherheit", vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Einleitend betonte Sonderberichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich), dass alle Bündnisländer gleichermaßen von Cyberangriffen bedroht seien. Auch wenn in den vergangenen Jahren dieser neuen Gefahr verstärkte Beachtung zukomme, steckten die Gegenmaßnahmen noch in der Entwicklungsphase. Wenn allein gegen die Netzwerke der NATO täglich ca. 600 Attacken ausgeführt würden, zeige das die Dringlichkeit zu handeln. Die massive Cyberattacke auf Estland im Jahr 2007 habe dort zur Ausarbeitung einer erfolgreichen Abwehrstrategie, die auf institutioneller Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft - auch über die Landesgrenzen hinaus - basiert, geführt. Im Vereinigten Königreich sei ein *Computer Emergency Response Team* (CERT) eingerichtet worden, das im In- und Ausland mit staatlichen und privaten Partnern kooperiere. In Deutschland seien mit der Digitalen Agenda, insbesondere dem IT-Sicherheitsgesetz, geeignete Instrumente zum Schutz der Informationstechnologie geschaffen worden. Ergänzend komme eine Strategie zum Schutz Kritischer Infrastruktur hinzu.

Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) eröffnete die Diskussion mit der Frage, ob die NATO im Falle von Beistandsersuchen durch einen Bündnispartner, der Opfer einer großangelegten Cyberattacke geworden sei, Mindestanforderungen festlegen sollte, und wie staatliche Maßnahmen gegen hybride Kriegsführung aussehen könnten. Sonderberichterstatter **Phillipe Vitel** vertrat die Auffassung, dass die NATO kritische Infrastruktur schützen müsse. Zugleich sollten bei den sozialen Netzwerken gesetzliche Mindestanforderungen für die Betreiber gelten; gerade in Frankreich seien radikalisierte IS-Kämpfer in den *social media* heftig unterwegs.

Ohne Gegenstimmen verabschiedete der Wissenschaftsausschuss den Bericht.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Die Energiesicherheit Europas: der Südliche Erdgaskorridor" des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit", vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Osman Askin Bak (Türkei)

In seinem Bericht schilderte Berichterstatter Abgeordneter **Osman Bak** (Türkei), in wieweit das EU-Projekt des Südlichen Erdgaskorridors zur Energiesicherheit Europas beitragen und seine Abhängigkeit von russischem Gas verringern könne. An dieser Stelle kritisierte er das Vorgehen einiger energieexportierender Länder, Lieferboykotts als Mittel der Außenpolitik anzuwenden. Seit der Ukrainekrise habe die EU zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um ihre Energiesicherheit zu konsolidieren. Auch habe sie sich ehrgeizige Ziele für größere Energieeffizienz und geringere Treibhausgasemissionen gesetzt. Über den Südlichen Gaskorridor werde Europa aus dem Mittleren Osten und der Region ums Kaspische Meer Energie erhalten. Allein Aserbaidschan sei in nächster Zukunft in der Lage, via die Transanatolische Pipeline Erdgas zu liefern. Zwar gebe es in der Region potenzielle weitere Erzeuger, diese seien jedoch aus vielerlei Gründen momentan dazu nicht imstande. Alternativ zu dem südlichen Korridor nannte er die Arktis, wo sich neue Chancen eröffnen und Akteure tummeln werden. Neben Schiefergas und Flüssiggasimporten - wofür Litauen sich entschieden habe, um damit seine Abhängigkeit von Russland zu verringern - sei Atomenergie nach wie vor angesichts der rasant steigenden Nachfrage nach Energie unverzichtbar.

Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) unterstrich, wie sehr die Ukrainekrise Europas Verletzbarkeit für gezielte Energieengpässe vor Augen geführt habe. Daraus folge zwingend, dass eine Diversifizierung im Energiebereich dringend geboten sei. Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) berichtete über ein Bürgerbegehren in seiner Heimatstadt Lecce gegen den Bau des Gaskorridors und bat den Berichterstatter, ihm eine detaillierte Umweltanalyse zur Verfügung zu stellen, anhand derer er seinen Bürgern die Besorgnis nehmen könne. Berichterstatter **Osman Bak** bestätigte, dass Umweltverträglichkeitsstudien für dieses Projekt keine negativen Auswirkungen ergeben hätten, allerdings sei bei Eingriffen in die Natur - wie beim geplanten Pipeline-Bau - immer abzuwägen zwischen Umweltbelangen und Energiesicherheit. Ohne Gegenstimmen billigte der Ausschuss den Bericht.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VI. Wahl der Mandatsträger

Die erneut wählbaren Mandatsträger im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie wurden bis auf den Abgeordneten **Bruno Vitorino** (Portugal), der nicht wieder kandidierte, in ihren Ämtern bestätigt.

Im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie wurde die Abgeordnete **Caroline Dinenage** (Vereinigtes Königreich) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Im Unterausschuss „Energie- und Umweltsicherheit" wurden der Abgeordnete **Domenico Scilipoti** (Italien) und Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

VII. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2015 wird sich der Ausschuss mit den Themen Fähigkeitslücken im Bündnis, Hoher Norden und Klimawandel beschäftigen. Die Ausschussmitglieder verabredeten Besuche in die Vereinigten Staaten, nach Finnland, Estland und Schweden.

8. Plenarsitzung

Am Montag, 24. November 2014, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV Hugh Bayley

Der scheidende Präsident der Versammlung **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) betonte die Neuartigkeit und Komplexität der Herausforderungen, mit denen die NATO-Mitgliedstaaten heute konfrontiert seien. Der Konflikt mit der Russischen Föderation sei eine zwingende Folge der Annexion der Krim und des russischen Vorgehens in der Ukraine und nicht einem vermeintlich mangelnden Respekt der NATO-Mitgliedstaaten geschuldet. Die Beziehungen mit Russland einzufrieren sei schmerzhaft, da die Allianz mit dem ehemaligen Bündnispartner viele Interessen teile und aktuelle Konflikte, wie in Libyen, Mali und Syrien, nur gemeinsam gelöst werden könnten. Er berichtete von seiner Teilnahme am NATO-Gipfel in Wales und dem erfolgreichen Seminar der NATO PV in London zur Vorbereitung des Gipfels. Wichtiges Ergebnis des Gipfels sei die Einrichtung einer *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF) und des *Readiness Action Plan* (RAP) die in Zukunft die Allianz in die Lage versetzen würden, innerhalb von 48 Stunden einsatzbereit zu sein. Weiterhin werde die Allianz sich in Afghanistan engagieren, auch wenn die Verantwortung für die Sicherheit des Landes in wenigen Tagen auf die afghanischen Sicherheitskräfte übergehen werde. Die Beschlüsse von Wales wären, nur umsetzbar, wenn die NATO-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent ihres BIP erhöhten.

II. Ansprache des Premierministers der Niederlande Mark Rutte

Der Premierminister der Niederlande **Mark Rutte** zitierte zu Beginn seiner Ansprache Winston Churchill, der die NATO als einzigen Friedensgaranten seiner Zeit bezeichnet hatte. Dies gelte 65 Jahre später mehr denn je. Frieden und Sicherheit seien auch heute nicht garantiert, sondern müssten täglich neu erstritten werden. Er begrüßte die Entscheidung der Allianz, die Beziehungen zur Russischen Föderation einzufrieren. Für die osteuropäischen Staaten biete die NATO einen „kollektiven Sicherheitsschirm", unter den sie angesichts des aggressiven russischen Gebärdens flüchten könnten. Sein Land werde sich weiterhin aktiv an der NATO beteiligen. Auch er begrüßte die Beschlüsse von Wales, wonach die Mitgliedstaaten sich verpflichteten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für eine weitere Verbesserung der Transparenz von NATO-Ausgaben aus, was für die Akzeptanz höherer Verteidigungsausgaben auf nationaler und auf gemeinschaftlicher Ebene erforderlich sei.

III. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates Jens Stoltenberg

Der neue NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** nannte als Prioritäten seiner Amtszeit eine starke politische und militärische Allianz, die Zusammenarbeit mit Partnern und die Stärkung des transatlantischen Bündnisses. Auch er verwies darauf, dass diese Ziele nur mit adäquaten finanzielle Ressourcen und entsprechendem politischen Willen umsetzbar seien. Im Osten versuche die Russische Föderation internationales Recht durch die Regeln der Macht zu ersetzen und im Süden würden die schrecklichen humanitären Folgen der Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika sichtbar. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sei es notwendig, die

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Effektivität der Streitkräfte deutlich zu verbessern und damit die Beschlüsse des Gipfels von Wales umzusetzen. Die Russische Föderation habe ihre Ausgaben für Verteidigung drastisch erhöht, während die NATO-Länder ihre Verteidigungshaushalte kontinuierlich reduziert hätten. Während das BIP der Vereinigten Staaten und Europas identisch sei, gäben die Vereinigten Staaten mehr als doppelt so viel für Verteidigung aus als alle anderen NATO-Mitgliedsstaaten zusammen. Länder wie Großbritannien und Estland investierten bereits zwei Prozent des BIP in Verteidigung und weitere Mitgliedsstaaten hätten Pläne vorgestellt, wie sie dieses Ziel zu erreichen gedenken. 20 Prozent des Verteidigungsbudgets sollten entsprechend des Beschlusses von Wales in neue Ausrüstung, die Forschung und Entwicklung investiert werden. Die NATO könne ihren Mitgliedsländern helfen, Prioritäten zu setzen und Ressourcen zu bündeln. Es gebe bereits Beispiele der guten Zusammenarbeit, wie das *Framework Nations Concept* (FNC), in dem europäische Partner – unter Führung einer Nation – zusammenarbeiteten. Die Niederlande seien ein gutes Beispiel für regionale Kooperation. Niederländische Streitkräfte arbeiteten eng mit belgischen, luxemburgischen, deutschen und englischen Militärs zusammen. Was das Budget der NATO anbelange, so hätten die Mitgliedsstaaten die volle Kontrolle über die Höhe und die getätigten Investitionen. Ausgaben würden von einem unabhängigen Team geprüft und regelmäßig an den Nordatlantikrat (NAR) berichtet. Diese Berichte seien auf der Internetseite der NATO abrufbar.

In der anschließenden Fragerunde bedankte sich Hon. **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) für die deutlichen Worte zu Kürzungen europäischer Verteidigungshaushalte und fragte nach den Möglichkeiten einer stärkeren Rolle der NATO in der Ukraine. Die NATO unterstütze die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Ukraine und fordere die Russische Föderation auf, internationales Recht zu achten und die Souveränität der Ukraine zu respektieren, so **Jens Stoltenberg**. Darüber hinaus habe die NATO Treuhandfonds eingerichtet, um die Ukraine bei der Entwicklung ihres Verteidigungssektors zu unterstützen. Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) schloss sich an mit der Frage nach einer Rolle der NATO angesichts des Vordringens des „IS“ im Süden der Allianz. **Jens Stoltenberg** begrüßte die militärischen Maßnahmen der Anti-IS-Koalition und Frankreichs Einsatz in Mali. Die NATO sei bislang nicht aufgefordert worden, eine militärische Rolle in Nordafrika zu übernehmen. Sie versuche aber über Partnerschaften mit mehreren Ländern Nordafrikas, zur Stabilität in der Region beizutragen. Nach Ansicht des Abgeordneten **Dr**. **Karl A. Lamers** (Deutschland) ziele die Russische Föderation darauf ab, ihre Einflusssphäre in der ehemaligen Sowjetunion auf Kosten ihrer Nachbarn zu erweitern. Er fragte, ob die NATO vereint und standhaft genug sei, um dem russischen Vorgehen etwas entgegen zu setzen und ob der NATO-Generalsekretär die Russische Föderation für dialogbereit halte. **Jens Stoltenberg** verwies auf die Beschlüsse von Wales, welche die bislang umfassendste Stärkung der kollektiven Verteidigung nach sich zögen, die es seit Ende des Kalten Krieges gegeben habe. Gleichzeitig strebe die NATO eine konstruktivere Beziehung zur Russischen Föderation ab, was in keinem Widerspruch zur Stärkung der gemeinschaftlichen Wehrhaftigkeit stehe. Eine Beziehung zur Russischen Föderation als Nachbar der Allianz sei unausweichlich, sie wiederherzustellen erfordere Respekt auf beiden Seiten. Als Reaktion auf die militärischen Aktivitäten Russlands im Osten habe man deshalb die Präsenz der NATO entlang der Grenzen der Allianz erhöht. Transparenz und Vorhersehbarkeit seien die zentralen Instrumente zur Vermeidung weiterer Eskalationen. Abgeordneter **Ali Riza Alaboyun** (Türkei) sprach den Generalsekretär mit Verweis auf die humanitäre Katastrophe in Syrien und die zahlreichen Flüchtlinge auf den türkischen Vorschlag an, eine Flugverbotszone in Syrien einzurichten**. Jens Stoltenberg** äußerte seine Anerkennung für die Aufnahme von Hunderttausenden von syrischen und irakischen Flüchtlingen durch die Türkei. Die Einrichtung einer Flugverbotszone müsse die Türkei mit den anderen Partnerstaaten, die sich in Syrien engagierten, erörtern. Die NATO sei in Syrien nicht im Einsatz und deshalb auch für die Frage der Einrichtung einer Flugverbotszone nicht zuständig. Abgeordneter **Rostyslav Pavlenko** (Ukraine) sprach die *Open Door Policy* an und fragte, welche Bedeutung diese für die Ukraine habe. Daraufhin versicherte **Jens Stoltenberg**, die Tür sei noch immer offen. Die Entscheidung von Bukarest, wonach die Ukraine ein Mitglied werden könne, stehe jedoch nach wie vor unter der Prämisse, dass die Ukraine die Mitgliedskriterien erfülle und den Willen zur Mitgliedschaft habe. Bislang liege die Bewerbung um eine Mitgliedschaft nicht vor. Abgeordneter **Harry van Bommel** (Niederlande) zeigte sich enttäuscht, dass Jens Stoltenberg vor allem auf die Erhöhung der Verteidigungshaushalte abstellt habe. Er bezeichnete Afghanistan als den Lackmus-Test für die NATO. Falls die NATO in Afghanistan scheitere, gebe es keine Existenzberechtigung für das Bündnis mehr. **Jens Stoltenberg** antwortete, dass die NATO ihre Kampfmission in Afghanistan abgeschlossen habe und sie in den nächsten Wochen durch die RSM zur Unterstützung des Landes ersetzen werde. Die NATO habe erreicht, dass Afghanistan für Terrororganisationen keinen Rückzugsort mehr biete. Auf die Frage des Abgeordneten **Koryun Nahapetyan** (Armenien), warum die NATO im Konflikt im Südkaukasus nicht interveniere, antwortete dieser, dass eine Konfliktlösung nur politisch zu erzielen sei- Eine Rolle der NATO lehnte er ab. Abgeordneter **Evripidis Stylianidis** (Griechenland) fragte, welche Hilfe Grie-

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

chenland angesichts der mit den Flüchtlingen steigenden Gefahr von Ebola und Terror von der NATO zu erwarten habe. Generalsekretär **Jens Stoltenberg** äußerte Verständnis für die Sorgen, machte aber deutlich, dass Grenzkontrollen nicht in der Zuständigkeit der NATO lägen. Er sehe die EU als die richtige Ebene, diese Probleme gemeinsame anzugehen.

IV. Ansprache der stellvertretenden Generalsekretärin der OECD Mari Kiviniemi

Die stellvertretende Generalsekretärin der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), **Mari Kiviniemi**, begrüßte die regelmäßige Teilnahme von Versammlungsmitgliedern an dem *OECD Global Parliamentary Network* Treffen in Paris. Diese Treffen böten Gelegenheit, Ansichten auszutauschen, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Herausforderungen zu diskutieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Das zeige der Weltwirtschaftsausblick der OECD. Es gebe Anzeichen der Besserung, das globale Wachstum bleibe aber bescheiden. Die Prognose hätte bereits um 0.5 Prozentpunkte nach unten korrigiert werden müssen – das globale Wachstum betrage 3,3 Prozent für das Jahr 2014 und 3,7 Prozent für Jahr 2015. 45 Millionen Menschen im OECD-Raum seien noch immer ohne Arbeit – zwölf Millionen mehr als vor der Wirtschaftskrise. 16 Millionen Menschen seien über ein Jahr ohne Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit sei alarmierend; in manchen Ländern wie etwa in Griechenland und Spanien läge sie bei über 50 Prozent. Geopolitische Spannungen wie der Konflikt im Nahen Osten und Handelssanktionen gegen die Russische Föderation riefen auf den Märkten Unsicherheiten hervor und hätten negative Auswirkungen auf den Export, insbesondere in Europa. Trotz geringen fiskalischen und finanziellen Spielraums solle Wachstum durch strukturelle Reformen gefördert werden. Die OECD unterstütze ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen. Mit der Abschaffung existierender Barrieren im Warenhandel und der Begünstigung eines fairen und transparenten Wettbewerbs bei Dienstleistungen, Investitionen und öffentlicher Auftragsvergabe könne ein transatlantisches Freihandelsabkommen die erhoffte Förderung des Wachstums und mehr Jobs mit sich bringen.

Die wachsende Ungleichheit und das Misstrauen in die Fähigkeiten von Regierungen, politische Lösungen zu finden, wirken sich lähmend aus. Um das Vertrauen zurückzugewinnen müssten die Staaten ihre wirtschaftlichen Paradigmen überdenken und die Bürger in den Mittelpunkt ihrer Politiken stellen.

V. Ansprache der Präsidentin des niederländischen Rechnungshofs Saskia Stuiveling

Die niederländische Präsidentin des Rechnungshofes **Saskia Stuiveling** berichtete von der Umsetzung der Transparenzagenda der NATO, die sie mit auf den Weg gebracht habe. Das Ziel einer Effizienzsteigerung könne die NATO nur mit größerer Transparenz erreichen. Sie sicherte zu, dass Geheimhaltungserfordernisse der Mitgliedstaaten beachtet würden.

VI. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten der Versammlung

Hon. **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) wurde einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt. Vizepräsident **Gabriel Vlase** (Rumänien) wurde wiedergewählt. Als Vizepräsidenten wurden außerdem Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien), Abgeordnete **Angelien Eijsink** (Niederlande), **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) und Abgeordneter **Thomas Marino** (Vereinigte Staaten) per Akklamation gewählt.

VII. Ansprache des Präsidenten der OSZE PV Ilkka Kanerva

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV) **Ilkka Kanerva** bezeichnete den Konflikt in der Ukraine als einen Unruheherd, der die europäische Sicherheitsarchitektur nachhaltig verändert habe. Er verurteilte die illegale Annexion der Krim durch die Russische Föderation und betonte die wichtige Rolle der OSZE bei der Unterstützung von Konfliktlösungen in der Ukraine. Er sprach sich gegen die russische Forderung aus, die Ukraine dürfe niemals NATO-Mitglied werden. Gemäß des *Helsinki Final Act* sei es allein die Entscheidung eines souveränen Staates, welchem Bündnis er beitreten wolle und welchem nicht. Abschließend betonte er die Unverzichtbarkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Versammlungen von OSZE und NATO, die sich beispielsweise bei den Wahlbeobachtungsmissionen, unlängst in der Ukraine, erfolgreich bewährt habe.

VIII. Ansprache des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer

Der ehemalige NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** betonte den großen Einfluss, den die Versammlung auf die Umsetzbarkeit der Sicherheitspolitik im NATO-Raum habe, auch wenn ihren Beschlüssen keine Rechtswirkung zukomme. Denn die Mitglieder der Versammlungen seien Botschafter für Sicherheitsbelange

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

in ihren nationalen Parlamenten und gegenüber ihren Bürgern. Sie müssten ihre Regierungen überzeugen, dass wieder mehr in Verteidigungshaushalte investiert werden müsse. Denn die Situation in Europa sei hochgefährlich. Die Russische Föderation sei bereits zu weit gegangen. Die NATO müsse die russische Führung daran hindern, noch weiter zu gehen. Er sprach sich für die Offenhaltung des Gesprächskanals mit der Russischen Föderation aus. Die Investition in NATO-Partnerschaften hielt er für ein wesentliches Element zukünftiger Konfliktlösung. Die Mitglieder der Versammlung könnten stolz sein, für das was die Versammlung bewegt und welches Mitspracherecht sie sich in den letzten 60 Jahren erarbeitet habe.

In der anschließenden Diskussion kritisierte die Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) den Mangel einer stringenten Politik im Umgang mit der Russischen Föderation. Sie lobte die Politik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich in der EU erfolgreich für Sanktionen stark gemacht habe. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) äußerte die Ansicht, dass die Russische Föderation das Ziel verfolge, zurück zur alten Weltmachtgröße zu finden.

IX. Beratung der Entschließungsentwürfe

Die Entschließungsentwürfe „Die Unterstützung der Souveränität und Demokratie in der Ukraine“ und „Die humanitäre Krise an den Südgrenzen Europas“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit wurden beraten und von der Versammlung angenommen.

Die Entschließungsentwürfe „Die Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte nach 2014“ und „Die Unterstützung der Fähigkeitenziele des Gipfels von Wales“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurden nach einer Aussprache verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „Die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde angenommen.

Die Entschließungsentwürfe „Einen erneuter Aufruf zu Maßnahmen der Bündnispartner zur Stabilisierung des Nahen Ostens“ und „Die Stärkung des Sicherheitsgefühls und die Unterstützung der Partnerländer durch die NATO“ des Politischen Ausschusses wurden angenommen.

Der Entschließungsentwurf „Die Raketenabwehr der NATO“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurde ohne Aussprache angenommen.

X. Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2015

Der Schatzmeister der Versammlung, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg), erläuterte den Haushaltsentwurf der Versammlung für das kommende Haushaltsjahr 2015.

Der Entwurf wurde angenommen.

Berlin, den […]

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ABM-System	Anti-Ballistic-Missile-System (Raketenabwehrsystem)
ANSF	Afghan National Security Forces (afghanischen Sicherheitskräfte)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CEO	Chief Executive Officer (geschäftsführendes Vorstandsmitglied)
CERT	Computer Emergency Response Team (Computersicherheits-Ereignis- und Reaktionsteam)
CIEP	Clingendael International Energy Programme
DMO	Defence Material Organisation
EDA	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
FNC	Framework Nations Concept (Rahmennationenkonzept)
HRAJTF	High Readiness Action Joint Task Force
IS	Islamischer Staat
ISAF	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NAR	Nordatlantikrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (Organisation für das Verbot von Chemiewaffen)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OSZE PV	Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RAP	Readiness Action Plan (Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit)
RSM	Resolute Support Mission (ISAF-Folgemission zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte)
SOFA	Status of Forces Agreement (NATO-Truppenstatut)
SOFA Supplementary Agreement	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut
THAAD	Terminal High Altitude Area Defense
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, zwischen den USA und der EU)
UAV	Unmanned Aareial Vehicle (Unbemanntes Luftfahrzeug)
VJTF	Very High Readiness Joint Task Force (NATO-Reaktionskräfte höchster Bereitschaft)
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

E n t s c h l i e ß u n g 411

betreffend

DIE UNTERSTÜTZUNG DER SOUVERÄNITÄT UND DEMOKRATIE IN DER UKRAINE*

Die Versammlung,

1. ***unter Betonung*** der moralischen Verpflichtung der euroatlantischen Gemeinschaft, den Kampf der Ukraine für ihre territoriale Integrität und Souveränität sowie den von der Ukraine gewählten Weg in Richtung einer stärkeren euroatlantischen Integration zu unterstützen, und ***unter Hervorhebung der Tatsache,*** dass kein Dritter das Recht hat, diesen Prozess zu blockieren;

2. ***unter Unterstützung*** der Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales, der Ukraine ein neues Maßnahmenpaket zur Verfügung zu stellen, um die Reform ihres Sicherheitssektors und den Aufbau von Verteidigungsfähigkeiten zu unterstützen mit dem Ziel, die Fähigkeit der Ukraine zur Selbstverteidigung zu stärken;

3. ***unter schärfster Verurteilung*** der widerrechtlichen Besetzung und 'Annexion' der Krim und des Einmarsches in ukrainisches Hoheitsgebiet durch Russland, die einen Verstoß gegen das Völkerrecht und insbesondere das Budapester Memorandum von 1994, die Schlussakte von Helsinki, die Charta der Vereinten Nationen und den Geist der NATO-Russland-Grundakte darstellen;

4. ***unter Hervorhebung der Tatsache,*** dass Russlands offene und verdeckte Beteiligung einschließlich der Entsendung nicht gekennzeichneter uniformierter Truppen in Teile der Ukraine der Hauptgrund für den andauernden bewaffneten Konflikt und die humanitäre Krise im Osten der Ukraine ist;

5. ***unter Begrüßung*** des Minsker Abkommens vom 5. und 19. September und die von Präsident Poroschenko und vom ukrainischen Parlament unternommenen Schritte zur Berücksichtigung der Interessen der Menschen im Osten der Ukraine; aber

6. ***mit dem Ausdruck der Besorgnis*** über die nicht erfolgte Umsetzung des Minsker Abkommens sowie den unsicheren Status des Waffenstillstands, die fortwährende Instabilität im Osten der Ukraine und die Verschlechterung der Menschenrechtslage für die Krimtataren und anderen Minderheiten unter russischer Besatzung;

7. ***mit der Aufforderung*** an alle beteiligten Parteien, den niederländischen Untersuchungsrat, der die Untersuchungen über den Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugs MA17 durchführt, in vollem Umfang zu unterstützen;

8. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die erfolgreiche Durchführung und die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 das entschiedene Bekenntnis der Ukraine zur Demokratie und europäischen Integration bestätigen;

9. ***in Würdigung*** der Tatsache, dass die Ukraine die übrigen Bestimmungen des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union ratifiziert hat, mit dem unter anderem eine vertiefte und umfassende Freihandelszone geschaffen wird, und ***in der Überzeugung,*** dass das Abkommen nach seinem vollständigen Inkrafttreten ein entscheidendes Instrument für die Reform und Modernisierung des politischen Systems, der Wirtschaft und der Rechtsprechung in der Ukraine sein wird;

* Vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

10 ***in Anerkennung*** der wichtigen Beiträge, die die Ukraine als NATO-Partner geleistet hat, darunter zu allen vier aktiven von der NATO angeführten Operationen, sowie ihrer Beteiligung an den NATO-Reaktionskräften;

11. ***unter Hinweis auf*** die während des NATO-Gipfels 2008 in Bukarest vereinbarte Verpflichtung, der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft zu gewähren, sofern sie dies wünschen und die Kriterien für die Mitgliedschaft erfüllt sind, und ***unter Begrüßung*** der in diesem Zusammenhang stetig wachsenden Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft von Seiten des ukrainischen Volkes;

12. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die Förderung gemeinsamer Werte in Europa und darüber hinaus durch das Bündnis den Kern der euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft bildet;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF,**

a. die vollständige und rasche Umsetzung der bisher zugunsten der Ukraine vereinbarten Verpflichtungen zu gewährleisten und weitere politische, finanzielle, wirtschaftliche, materielle und technische Unterstützungsmaßnahmen zu erwägen, um die Bemühungen der Ukraine um den Schutz ihres Hoheitsgebiets und den Aufbau eines starken, rechenschaftspflichtigen und demokratischen Staates, der die Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit garantiert, zu unterstützen;

b. die diplomatischen Bemühungen um eine friedliche Lösung des von Russland gestützten bewaffneten Konflikts im Osten der Ukraine und die Versuche, die Entstehung eines weiteren "eingefrorenen Konflikts" zu vermeiden, insbesondere durch die Verstärkung der internationalen Beobachtermission in der Konfliktzone an der russisch-ukrainischen Grenze zu unterstützen;

c. die gezielten Sanktionen beizubehalten, bis Russland zeigt, dass es bereit ist, sich an internationale Regeln und Normen zu halten, widerrechtliche und unrechtmäßige Landgewinne rückgängig zu machen und als verantwortungsvoller und neutraler Akteur aufzutreten, der die friedliche Lösung von Konflikten voranbringt;

d. unmissverständlich klarzustellen, dass die widerrechtliche 'Annexion' der Krim niemals anerkannt wird;

e. Maßnahmen umzusetzen, die die Verteidigungsfähigkeit an der östlichen Peripherie des Bündnisses stärken und Solidarität demonstrieren sollen, und die Unterstützung für die Bündnispartner zu verstärken, die am stärksten von Russlands Gegenmaßnahmen zu den Sanktionen betroffen sind;

f. der Desinformationskampagne der Russischen Föderation entgegenzutreten;

g. die größere Energieunabhängigkeit von russischen Öl- und Erdgasquellen in Europa zu fördern;

h. die Tür für zukünftige Erweiterungsrunden des Bündnisses offen zu halten;

14. **FORDERT** die Regierung und das Parlament der Ukraine **AUF,** die demokratischen Reformen fortzusetzen und dabei ein inklusives politisches System auf der Grundlage der Achtung der Rechtstaatlichkeit, Minderheiten und Menschenrechte aufzubauen, und mithilfe konkreter Maßnahmen zu zeigen, dass die Ukraine von heute Korruption, Klientelwirtschaft und den Einfluss der Oligarchen entschlossen und ohne Ausnahmen bekämpft;

15. **FORDERT** die Russische Föderation **AUF**,

a. die Versuche, die Ukraine zu destabilisieren, zu stoppen;

b. die prorussischen Separatisten öffentlich nachdrücklich aufzufordern, die Waffen abzugeben;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

c. unverzüglich alle ukrainischen Bürger freizulassen, die seit Beginn des Konflikts seitens der Russischen Föderation festgesetzt wurden und widerrechtlich auf russischem Hoheitsgebiet festgehalten werden;

d. ernsthafte Gespräche mit der ukrainischen Regierung über eine politische Lösung der Krise und die Rückführung der Krim in die rechtliche Zuständigkeit der Ukraine aufzunehmen;

e. die brutalen und massiven Menschenrechtsverletzungen und die Verstöße gegen das Recht zu stoppen, auf dem Gebiet der Krim und in den Hoheitsgebieten der Regionen Donezk und Lugansk, die sich vorübergehend in Händen der Separatisten befinden, zu leben;

f. die Propagandakampagne zu stoppen, die in aggressiver Weise antiwestliche und chauvinistische Haltungen im russischen Volk schürt;

16. **FORDERT** daher die Russische Föderation **NACHDRÜCKLICH AUF,** sich nach Kräften zu bemühen, zur Umsetzung des Minsker Abkommens beizutragen.

E n t s c h l i e ß u n g 412*

betreffend

DIE HUMANITÄRE KRISE AN DEN SÜDGRENZEN EUROPAS*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die allgemeine Instabilität im Nahen Osten und Nordafrika (MENA) und insbesondere die Konflikte in Syrien und im Irak eine verheerende humanitäre Krise ausgelöst haben, die nun die Grenzen Europas erreicht hat;

2. ***feststellend,*** dass mehrere zehntausend Menschen in Syrien und im Irak ihr Leben verloren haben, während Millionen von Menschen seit dem Beginn des Krieges aus ihrer Heimat geflohen sind;

3. den tragischen Tod Tausender Flüchtlinge und Migranten aus der MENA-Region ***beklagend***, die versucht haben, das Mittelmeer zu überqueren;

4. ***in Würdigung*** der Anstrengungen des Libanon, Jordaniens und der Türkei sowie des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen, Unterkünfte bereitzustellen und Millionen syrischer und irakischer Flüchtlinge zu ernähren; aber

5. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die Kapazitäten des Libanon und Jordaniens nun ihre Grenzen erreicht haben und dass die Ankunft syrischer Flüchtlinge in den letzten Jahren zu Überfüllung, rasant steigenden Preisen, Wassermangel, wachsenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften und zunehmender wirtschaftlicher Not geführt hat;

6. ***in dem Verständnis,*** dass die Staaten im Süden Europas eine unverhältnismäßige hohe Last auf sich nehmen, indem sie für diese Flüchtlinge und Migranten sorgen, obwohl viele von ihnen nicht in diesen Ländern bleiben und schnell in nördlichere Länder reisen;

7. ***unter Begrüßung*** der humanitären Absicht, die hinter Italiens Operation *Mare Nostrum* steht, die auch die Verhaftung einer großen Zahl (765) von Menschenhändlern ermöglicht hat;

---

* Vom Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. die Handlungen krimineller Gruppen ***beklagend,*** die dazu geführt haben, dass mehr Migranten ihr Leben auf See im zentralen Mittelmeerraum verloren haben

9. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass Frauen und Kinder infolge von Krieg und Instabilität in der MENA-Region eine besonders schwere Last zu tragen haben und Opfer von Mord, Entführung, Vergewaltigung, früher Verheiratung, Folter und Sklaverei geworden sind;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF,**

a. die Unterstützung für die Frontstaaten zu erhöhen, die die größte Last der Unterbringung einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Migranten tragen;

b. ein echtes multilaterales Programm aufzulegen, um Menschenhändler und Menschenschmuggler an der Durchführung ihres todbringenden Gewerbes zu hindern, damit sich die Zahl der Flüchtlinge, die auf See sterben, verringert;

c. die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern zu vertiefen und die Hilfe für sie zu verstärken, um dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene zu finden;

d. die nationalen rechtlichen Normen für die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhändlern anzugleichen;

e. die Aufnahmeverfahren in Europa erneut zu überprüfen, damit die Last der Unterbringung dieser großen Zahl illegaler Einwanderer gerechter verteilt wird;

f. umfassende Ansätze für die speziellen Probleme zu entwickeln, denen sich Flüchtlingsfrauen und -kinder gegenübersehen, und gemeinsam mit den aufnehmenden Ländern Unterstützungssysteme umzusetzen, mit denen die Lebensbedingungen für diese unschuldigen Opfer von Krieg und Terrorismus verbessert werden sollen;

g. die Idee weiterzuverfolgen, humanitäre Korridore in vom Krieg zerrütteten Gebieten zu schaffen, damit den grundlegenden Bedürfnissen traumatisierter Menschen in ihrer Heimat entsprochen werden kann, was ihren Anreiz zur Flucht verringern würde;

h. Impfprogramme insbesondere in Syrien zu unterstützen und Druck auf die kriegführenden Parteien auszuüben, nicht das Vorenthalten medizinischer Versorgung als Kriegsmittel einzusetzen;

i. diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begehen, für ihre Verbrechen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen;

j. die Möglichkeit der Schaffung einer Flugverbotszone und von sicheren Zonen in Syrien zum Schutz der Gemeinschaften vor Ort und der Binnenvertriebenen zu prüfen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 413

betreffend

DIE UNTERSTÜTZUNG DER AFGHANISCHEN NATIONALEN SICHERHEITSKRÄFTE NACH 2014*

Die Versammlung,

1. ***in Würdigung*** der Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte (ANSF) für die Übernahme der Führung bei allen Sicherheitsoperationen in ganz Afghanistan, ihr Engagement in Bezug auf die Beendigung der Operation der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) der NATO und die Vorbereitung der vollständigen Autonomie als einzigem Garant für die Sicherheit Afghanistans, jedoch ***mit dem Ausdruck der Besorgnis*** angesichts der hohen Zahl der Todesfälle bei den ANSF;

2. ***unter Betonung*** der Bedeutung der fortwährenden Unterstützung für die ANSF durch Beratung, Schulung und Unterstützung auf allen Ebenen und unter besonderer Beachtung der Luftunterstützung, des Nachrichtenwesens und der Logistik sowie ***mit der Aufforderung*** an alle Bündnispartner der NATO, die noch keine Truppen für die Operation "Resolute Support" abgestellt haben, dies zu tun;

3. ***unter Hinweis darauf,*** dass es den strategischen Zielen der NATO und ihrer Partnerländer entspricht, dafür zu sorgen, dass der afghanische Staat nie wieder zu einem sicheren Zufluchtsort für den Terrorismus wird, die neugebildete Regierung bei der Aufgabe zu unterstützen, dem afghanischen Volk Frieden und Stabilität zu bringen; und sich für die Vermeidung der Entstehung und Ausbreitung des Terrorismus in diesem Land - insbesondere von Seiten des so genannten "ISIS" - einzusetzen;

4. ***im Vertrauen darauf,*** dass Afghanistan mit der fortwährenden Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft auf dem Weg ist, diese Ziele zu erreichen, wenn weiterhin auf allen Ebenen vor Ort Fortschritte erzielt werden;

5. das afghanische Volk zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit nach den Präsidentschaftswahlen von 2014**,** die den ersten demokratischen Machtübergang in Afghanistan markiert haben, ***beglückwünschend,*** jedoch ***enttäuscht*** über den häufigen und weit verbreiteten Wahlbetrug und die fehlende Transparenz bei den Stichwahlen, was den Übergangsprozess ernstlich behindert und gefährdet hat;

6. ***unter Begrüßung*** der Unterzeichnung des Bilateralen Sicherheitsabkommens mit den USA und des Stationierungsabkommens mit der NATO, was den rechtlichen Rahmen dafür schafft, dass die internationalen Streitkräfte die ANSF im Rahmen der Operation "Resolute Support" nach dem Ende der ISAF-Mission am 31. Dezember 2014 weiterhin ausbilden, beraten und unterstützen können;

7. ***in Würdigung*** der NATO-Mitgliedstaaten und ihrer Partnerländer für ihre Beiträge zur ISAF bei den über 13 Jahre andauernden Sicherheitsoperationen zur Herstellung von Frieden und Sicherheit in Afghanistan, zum Schutz des afghanischen Volkes und der Welt vor der Geißel des Terrorismus und zur Unterstützung Afghanistans beim Aufbau der Fähigkeit, für seine eigene Sicherheit und die eigene Regierung des Landes zu sorgen;

8. ***unter Begrüßung*** der Verpflichtung der NATO und ihrer eigenen Partnerländer, ihren Beitrag zur finanziellen Unterstützung der ANSF bis 2017 weiterhin zu leisten;

9. ***mit Unterstützung*** des Afghanische Friedens- und Reintegrationsprogramms (APRP) in Bezug auf die Bemühungen um die Wiedereingliederung von Aufständischen, die der Gewalt und ihren Beziehungen zu bewaffneten Gruppen und Terrororganisation abschwören;

---

* Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

10. ***unter Betonung*** der absoluten Notwendigkeit neuer Verhandlungen zwischen dem Hohen Friedensrat Afghanistans einerseits und designierten Vertretern der Taliban und anderer Aufständischer, die in dem Land operieren, andererseits, sowie ***mit Unterstützung*** für die Aufforderung Präsident Ghanis an die Taliban und andere aufständische Gruppen, die Waffen abzulegen und erneut Friedensgespräche aufzunehmen;

11. ***besorgt*** angesichts der fortbestehenden Haushaltsdefizite der Regierung Afghanistans und der begrenzten Fortschritte bei der Erwirtschaftung nationaler Einkünfte sowie ***unter Betonung*** der zunehmend angespannten Haushaltslage, der sich die afghanische Regierung nach dem Abzug der internationalen Truppen und der mit ihnen verbundenen Einnahmen gegenübersehen wird;

12. FORDERT die Regierungen und Parlamente der an ISAF beteiligten Mitgliedstaaten **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. sich zur Beteiligung an der Operation "Resolute Support" zu verpflichten und die Mission so umfassend wie möglich zu unterstützen, insbesondere im Rahmen des Prozesses der Kräftegenerierung, der es der Mission ermöglicht, bis zum 1. Januar 2015 die volle operative Fähigkeit zu erreichen;

b. die ANSF weiterhin zu unterstützen und mit der Regierung von Kabul zusammenzuarbeiten, um dauerhafte Fähigkeitslücken unter anderem bei der staatlichen Luftwaffe, dem Nachrichtenwesen und der Logistik zu beheben, sowie die ANSF weiterhin finanziell zu unterstützen, um ihre operative Fähigkeit auf einem Niveau zu halten, das für die Behauptung gegen die Aufständischen notwendig ist;

c. die Regierung in Kabul bei Ausbau der Zusammenarbeit der ANSF mit den maßgeblichen regionalen Strukturen insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung des Drogenhandels aus Afghanistan, des Extremismus und der Probleme im Hinblick auf die regionale Stabilität zu unterstützen;

d. weiterhin bereit zu sein, die afghanischen Regierungsinstitutionen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Maßnahmen zur Grenzsicherung und insbesondere den Maßnahmen zur Bewältigung der illegalen Migration, des Drogenhandels und anderer Bedrohungen für unsere Gesellschaften zu beraten und zu unterstützen;

e. aufbauend auf der Rahmenvereinbarung von Tokio klare und erfüllbare Bewertungsmaßstäbe für die kontinuierliche Verbesserung der Stärke, Transparenz und Effizienz aller afghanischen staatlichen Institutionen, insbesondere der ANSF, festzulegen;

f. die Regierung in Kabul aufzufordern, den Hohen Friedensrat Afghanistans bei der Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Taliban und anderen Aufständischen zu unterstützen, um einen dauerhaften Frieden in Afghanistan herzustellen;

g. Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen im Rahmen der Hilfsprojekte der internationalen Gemeinschaft weiterhin zu berücksichtigen und die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit in vollem Umfang umzusetzen, um dafür zu sorgen, dass die im vergangenen Jahrzehnt erzielten Fortschritte nicht rückgängig gemacht werden können;

13. **FORDERT** die Regierung und das Parlament Afghanistans **AUF,**

a. die ANSF weiterhin zu stärken und zu diversifizieren, um sicherzustellen, dass sie

   i. im Kampf gegen die Aufständischen das Machtgleichgewicht aufrechterhalten;
   ii. die reiche ethnische Vielfalt des Landes repräsentieren;
   iii. ihre Wiedereingliederungsprogramme für Aufständische fortführen;

b. sich für die Erfüllung der Ziele in Bezug auf die afghanischen Beiträge für die finanzielle Unterstützung der ANSF einzusetzen und ihre Bemühungen um die Erwirtschaftung transparenter Einnahmen und Ausgaben verstärken, um sicherzustellen, dass das Land nach und nach die Verantwortung für die transparente Finanzierung seiner Sicherheitsinstitutionen übernehmen kann;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

c. ihre erklärte Absicht weiterzuverfolgen, eine dauerhafte und friedliche Lösung des Konflikts mit den Aufständischen auf dem Verhandlungswege anzustreben;

d. weiterhin die hartnäckig fortbestehende institutionelle Korruption zu bekämpfen und die ordnungsgemäße Arbeit der Prüf- und Kontrollmechanismen zur Überwachung der angemessenen Verteilung und Nutzung der Mittel für den Aufbau der staatlichen Institutionen in Afghanistan zu gewährleisten;

e. ihre derzeitigen Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern, insbesondere Pakistan, sowie zu anderen internationalen Akteuren, die sich für die Entwicklung eines stabilen, starken und unabhängigen Afghanistans einsetzen, zu verstärken.

E n t s c h l i e ß u n g 414

betreffend

DIE UNTERSTÜTZUNG DER FÄHIGKEITENZIELE DES GIPFELS VON WALES*

Die Versammlung,

1. ***mit dem Ausdruck*** ihrer nachdrücklichen Unterstützung der Verpflichtung des Bündnisses, die Verteidigungsfähigkeiten der NATO zu stärken, um die aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen;

2. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass das sich verändernde Sicherheitsumfeld und insbesondere die derzeitigen Entwicklungen an den Ost- und Südgrenzen des Bündnisses eine ernste Bedrohung für die Bündnispartner und die Partnerländer in der Region darstellen und die Krisenmanagementfähigkeiten der NATO auf die Probe stellen;

3. den hybriden Charakter der aktuellen Sicherheitsbedrohungen und die daraus resultierende Notwendigkeit auf Seiten der NATO-Bündnispartner, in ihre nationalen Fähigkeiten sowie in die Stärkung koordinierter strategischer Kommunikation zu investieren, ***zur Kenntnis nehmend***;

4. ***in der Überzeugung,*** dass eine gerechte und ausgewogene Verteilung der Verteidigungskosten und Zuständigkeiten unter den Bündnispartnern von wesentlicher Bedeutung für den Erhalt der Fähigkeit der NATO, ihrer Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung nachzukommen, sowie für den Erhalt ihrer Fähigkeit ist, wirksam und effizient auf Krisen zu reagieren;

5. ***ihre Entschlossenheit bekundend,*** den Trend zu sinkenden Verteidigungshaushalten innerhalb des Bündnisses umzukehren und zu versuchen, die von der NATO empfohlene Höhe von 2 % des BIP für die nationale Verteidigung zu erreichen, wobei mindestens 20 % davon für den Erwerb neuer Verteidigungsausrüstung und damit verbundene Forschungs- und Entwicklungsprojekte für zukünftige Kampfsysteme aufgewandt werden sollten;

6. ***unter Hinweis darauf,*** dass eine starke Rüstungsindustrie in Europa von entscheidender Bedeutung dafür ist, dass das Bündnis über eine faire und ausgewogene intereuropäische und transatlantische Lastenteilung wesentliche Verteidigungsfähigkeiten bereitstellen kann;

7. ***in Würdigung*** der Bemühungen der europäischen Bündnispartner, zu einer ausgewogenen Bereitstellung von Verteidigungsfähigkeiten, insbesondere über das Rahmennationenkonzept der NATO, und den Start dreier multinationaler europäischer Projekte auf dem Gipfel von Wales beizutragen;

* Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. ***unter Begrüßung*** der Maßnahmen zur Umsetzung der Gemeinsamen Nachrichtendienst-, Überwachungs- und Aufklärungsinitiative (JISR), insbesondere zur Entwicklung der Bodenüberwachungsfähigkeit des Bündnisses;

9. ***in Würdigung*** der Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses durch die 'NATO 2020-Truppeninitiative';

10. ***in Unterstützung*** der neuen Verbesserten Cyber-Abwehrpolitik des Bündnisses, das die Cyber-Abwehr als Teil der NATO-Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung im Rahmen des gesamten einschlägigen Völkerrechts anerkennt, und ***unter Betonung*** der Möglichkeit des Nordatlantikrats, im Falle eines Cyberangriffs fallweise Artikel 5 geltend zu machen;

11. ***erneut bekräftigend,*** dass die Raketenabwehr ein wesentlicher Bestandteil der NATO-Strategie ist, und die Bemühungen um die vollständige Umsetzung des ballistischen Raketenabwehrprogramms im Rahmen des European Phased Adaptive Approach ***begrüßend***;

12. ***unter Hervorhebung der Tatsache,*** dass die Verteidigungsfähigkeiten und besonderen Erfahrungen der NATO-Partnerländer unerlässlich für die erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Bündnisses sind und dass eine enge Interoperabilität und militärische Integration zwischen den Streitkräften für die Verfolgung eines koordinierten Ansatzes für die NATO-Missionen von wesentlicher Bedeutung sind;

13. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass das Ende der Kampfoperationen in Afghanistan nicht das Ende der Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren Partnerstaaten darstellt, sondern vielmehr Gelegenheit bieten sollte, diese Beziehungen auszuweiten und zu vertiefen;

14. ***unter Begrüßung*** der Pläne betreffend die Einsetzung ständiger, rotierender Einsatzleitstellen und die Einsetzung von Unterstützungskräften an der Ostgrenze des Bündnisses;

15. ***in Würdigung*** der Maßnahmen zur Erhöhung der Interoperabilität zwischen den ukrainischen und NATO-Truppen sowie zur Stärkung der Fähigkeit der Ukraine, sich selbst zu verteidigen;

16. die Annahme eines umfassenden NATO-Georgien-Pakets mit dem Ziel der Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten Georgiens, die den beitrittswilligen Ländern helfen wird, ihre Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft im Bündnis voranzutreiben, ***zur Kenntnis nehmend***;

17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. den politischen Willen und die Voraussicht zu zeigen, in ihre derzeitigen und zukünftigen Verteidigungskräfte zu investieren und auf diese Weise ihre Beiträge zu den Verteidigungsfähigkeiten der NATO zu stärken;

b. in die Einsatzbereitschaft moderner, äußerst fähiger und gut ausgerüsteter 'NATO-Truppen 2020' zu investieren und die Umsetzung des neuen 'Aktionsplans zur Reaktionsfähigkeit' und insbesondere die Einsetzung einer streitkräftegemeinsamen NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (*Very High Readiness Joint Task Force*, VJTF) zu unterstützen;

c. erneut ihre Verpflichtung zu bekräftigen, die Last der Kosten und Zuständigkeiten des Bündnisses zu teilen und auf diese Weise das transatlantische und intereuropäische Vertrauensverhältnis zu stärken;

d. ihre Bemühungen um eine Verteilung der Lasten unter den europäischen Bündnispartnern über Kooperationsprojekte wie das NATO-Rahmennationenkonzept fortzusetzen und zu verstärken;

e. nationale Cyber-Abwehrfähigkeiten zu entwickeln, die für den Schutz des Bündnisses vor Angriffen von entscheidender Bedeutung sind, und weiterhin Strategien zur Zusammenarbeit bei der Cyber-Abwehr

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

unter den Bündnispartnern und mit den jeweiligen Partnernationen und Partnerorganisationen zu erarbeiten und zu verbessern;

f. sich weiterhin zu bemühen, mithilfe freiwilliger nationaler Beiträge und der multinationalen Zusammenarbeit eine einsatzbereite NATO-Raketenabwehr bereitzustellen;

g. sich verstärkt zu bemühen, Informationen weiterzugeben und die Koordinierung angesichts der komplexen Sicherheitsherausforderungen, vor denen das Bündnis im 21. Jahrhundert steht, zu verbessern;

h. die Überwachung der Südflanke der NATO, insbesondere in Nordafrika und der Sahel-Zone zu verstärken - einem Gebiet, das von zunehmender Unsicherheit gekennzeichnet ist und durch die Entstehung neuer Formen des Terrorismus bedroht wird;

i. sich für eine stärkere Verteidigungskooperation und -koordinierung mit den Partnerländern der NATO einzusetzen, um die Interoperabilität der Streitkräfte zu erhöhen und die Umsetzung der Partnerschafts-Interoperabilitätsinitiative und des Verbesserten Einsetzbarkeitsprogramms als Anreize für die Partnerländer, einen hohen Bereitschaftsgrad aufrecht zu erhalten, zu unterstützen;

j. erneut ihre Verpflichtung zu bekräftigen, andere Nationen, die Verteidigungsfähigkeiten aufbauen wollen, zu unterstützen, sich auf die Erweiterung dieser Verpflichtung einzustellen und deshalb die nachfragegesteuerte Initiative zum Aufbau von Verteidigungs- und zugehörigen Sicherheitskapazitäten umzusetzen.

E n t s c h l i e ß u n g 415

betreffend

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE TRANSATLANTISCHE HANDELS- UND INVESTITIONS-PARTNERSCHAFT*

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen seit jeher ein Motor für Wirtschaftswachstum in Europa und Nordamerika sind;

2. ***unter Bekräftigung der Tatsache,*** dass dieser wichtige Handelsaustausch die transatlantischen Beziehungen gestärkt hat und die gemeinsamen Werte zum Ausdruck bringt;

3. ***in dem Bewusstsein,*** dass die multilateralen Handelsgespräche unter der Schirmherrschaft der WTO auf der Stelle treten und dass ein Scheitern der Doha-Runde einen kostspieligen Rückschlag für die weltweite Liberalisierung des Handels bedeuten würde;

4. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass das Ausbleiben deutlicher Fortschritte in der Doha-Runde nicht die Bemühungen um die Vertiefung der transatlantischen Handelspartnerschaft behindern sollte;

5. ***in dem Bewusstsein,*** dass die ambitionierten Bemühungen um die Vertiefung der Handelsbeziehungen sowohl durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen den USA und der EU als auch durch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada und der EU dazu beitragen könnten, einen erstklassigen Standard für das multilaterale Handelssystem zu schaffen;

* Vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

6. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass in einer Zeit der wirtschaftlichen und strategischen Unsicherheit die Vertiefung von Handel und Investitionen unter den Bündnispartnern die transatlantische Solidarität und das wirtschaftliche Wohlergehen stärken wird;

7. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass es nach wie vor große Hindernisse in Bezug auf den Abschluss eines endgültigen Abkommens über TTIP gibt, insbesondere unterschiedliche Regulierungsvorschriften und Traditionen, beispielsweise Vorschriften und Traditionen im Zusammenhang mit dem Recht am geistigen Eigentum, Bedenken im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre, unterschiedliche Ansätze im Hinblick auf Finanzvorschriften, politischen Widerstand gegen die Öffnung der Beschaffungsmärkte auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene sowie die kritische Frage der Verhandlungsvollmacht des Präsidenten in den USA;

8. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die Landwirtschaft für die Verhandlungsführer ein sehr wichtiges Thema ist, insbesondere im Hinblick auf Fragen wie Kennzeichnungsvorschriften und den Schutz geografischer Bezeichnungen;

9. ***in dem Verständnis,*** dass es möglich ist, eine Reihe von Bestimmungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu harmonisieren – nicht abzuschaffen – und dass, insoweit dies möglich ist, dadurch die Produktionskosten wesentlich gesenkt und somit eine beträchtliche Produktivitätssteigerung ausgelöst werden könnte;

10. ***in Bekräftigung*** der Notwendigkeit, dass die Verhandlungsführer die Sorgen der Arbeitnehmerschaft berücksichtigen, damit eine TTIP-Vereinbarung erzielt wird, die den Arbeitnehmern durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine allgemeine Verbesserung ihrer sozialen Lage zugutekommt;

11. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass mehrere Nicht-EU-Länder wie die Türkei nicht an den TTIP-Verhandlungen beteiligt sind und die teilnehmenden Länder daher mit diesen Ländern versuchen sollten, dafür zu sorgen, dass Letztere nicht von den Handelsgewinnen, die eine endgültige Vereinbarung bewirken würde, ausgeschlossen werden;

12. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die an diesen Verhandlungen teilnehmenden Regierungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem üblichen Ermessensspielraum, den die Verhandlungsführer brauchen, um für beide Seiten vorteilhafte Vereinbarungen zu finden, und ihrer demokratischen Verpflichtung, so transparent wie möglich zu handeln, finden müssen;

13. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die wirtschaftlichen Vorteile, die aus TTIP resultieren sollten, letztendlich vom Inhalt und von den Zielsetzungen des endgültigen Abkommens abhängen;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der an den Gesprächen über das TTIP beteiligten Länder **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. sich weiterhin auf das langfristige strategische Ziel zu konzentrieren, durch die Liberalisierung des Handels einen gemeinsamen Wohlstand zu schaffen, und anzuerkennen, dass Zugeständnisse für diesen Prozess von entscheidender Bedeutung sein werden;

b. dafür zu sorgen, dass die Anliegen und Interessen der Arbeitnehmer in die Gestaltung des endgültigen Abkommens einfließen;

c. sich eng mit den nicht der EU angehörenden Bündnispartnern abzusprechen und politische Maßnahmen zu erarbeiten, die dafür sorgen sollen, dass ein endgültiges TTIP-Abkommen den Handel in diesen Ländern nicht beeinträchtigt;

d. Möglichkeiten für eine weitere Öffnung des Agrarhandels zu prüfen, wenngleich eine vollständige Liberalisierung politisch unwahrscheinlich erscheint;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

e. dafür zu sorgen, dass die Verhandlungsführer im Prozess der Verringerung der Regulierungsunterschiede nicht die Sicherheit der Verbraucher, die öffentliche Gesundheit, den Schutz von Grundrechten einschließlich der Privatsphäre, den Umweltschutz und das demokratische Staatssystem gefährden;

f. dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Prozesse zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten der Souveränität der Staaten in vollem Umfang Rechnung getragen wird;

g. im Rahmen einer allgemeinen Aufklärungskampagne die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft gegenüber der Öffentlichkeit zu erläutern.

E n t s c h l i e ß u n g 416

betreffend

EINEN ERNEUTEN AUFRUF ZU MAßNAHMEN DER BÜNDNISPARTNER ZU STABILISIERUNG DES NAHEN OSTENS*

Die Versammlung,

1. ***höchst besorgt*** angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage in Syrien und im Irak, die die Sicherheit und Stabilität der Nachbarstaaten sowie der gesamten Region weiterhin bedroht;

2. ***unter Verurteilung*** der brutalen und willkürlichen Anwendung von Gewalt sowie der umfassenden und andauernden Menschenrechtsverletzungen durch das Regime von Baschar al-Assad und der gravierenden, systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen durch den so genannten "Islamischen Staat“ im Irak und in der Levante" (ISIL) und andere Konfliktparteien in Syrien und im Irak;

3. die internationale Gemeinschaft ***daran erinnernd,*** dass in erster Linie das Regime von Baschar al-Assad die Hauptverantwortung zunächst für den Aufstand gegen sein brutales Regime und den darauf folgenden Ausbruch und die Eskalation des Bürgerkriegs in Syrien trägt, der zu der derzeitigen katastrophalen humanitären Lage sowie zum Erstarken von ISIL und anderer destabilisierender, bewaffneter extremistischer Gruppen geführt hat;

4. ***zutiefst besorgt darüber,*** dass der zunehmend religiös geprägte extremistische ideologische Charakter des Konflikts sich auch außerhalb Syriens und des Irak auf die gesamte Region und über sie hinaus ausbreitet und zahlreiche ausländische Kämpfer dazu bewegt, sich diesen Konflikten zu anzuschließen, wodurch die Gefahr steigt, dass die Konfliktgebiete zu einer Quelle des weltweiten Terrorismus werden;

5. ***beunruhigt*** über die sich immer weiter verschärfende humanitäre Lage vor Ort und die Tatsache, dass unter anderem die Nachfrage nach Lebensmitteln, Unterkünften und medizinischer Versorgung durch die internationale Hilfe nicht gedeckt werden kann;

6. die Türkei, Jordanien und den Libanon für die Aufnahme der überwältigenden Mehrheit der Flüchtlinge aus Syrien ***würdigend*** und ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass Millionen syrischer und irakischer Flüchtlinge eine unerträgliche wirtschaftliche Belastung bedeuten, die die regionale politische Stabilität gefährden könnte;

7. ***beunruhigt*** über die Tatsache, dass ISIL erfolgreich im Irak und in Syrien hergestellte Ölprodukte über verschiedene Kanäle ausführen und dadurch einen erheblichen Teil seiner finanziellen Ressourcen für terroristische Aktivitäten und Operationen erwirtschaften konnte;

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. ***mit Bedauern zur Kenntnis nehmend,*** dass es dem VN-Sicherheitsrat und der internationalen Gemeinschaft im weiteren Sinne nicht gelungen ist, dringendere Maßnahmen in Syrien zu treffen, wodurch sich das derzeitige Klima der Gewalt, der Zerstörung und des Leids nur noch weiter verschlimmert hat;

9. das Eingreifen der internationalen Koalition unter Führung der USA ***begrüßend,*** die das Tempo der ISIL-Operationen verlangsamt und es den irakischen und kurdischen Truppen ermöglicht hat, wieder Fuß zu fassen; jedoch ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die Luftangriffe und die übrigen bisher unternommenen Maßnahmen die gesamten Fähigkeiten oder Operationen von ISIL im Irak und in Syrien nur geringfügig beeinträchtigt haben;

10. ***in Anerkennung*** der entscheidenden Rolle der regionalen Akteure in Bezug auf die Herbeiführung einer Verhandlungslösung für den Bürgerkrieg in Syrien und zur Zerschlagung von ISIL in Syrien und im Irak;

11. ***in Bekräftigung der Tatsache,*** dass die regionalen Akteure mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft loyal mit dem Ziel zusammenarbeiten müssen, die anhaltende Gewalt in Syrien und im Irak zu beenden und für langfristige, nachhaltige regionale Stabilität zu sorgen;

12. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die irakische Zentralregierung unter Nouri al-Maliki keine inklusive Politik betrieben hat, was weite Teile der sunnitischen und kurdischen Minderheiten gegen sie aufgebracht hat, und die Verpflichtungen der neuen Regierung unter Haider al-Abadi ***zur Kenntnis nehmend***;

13. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass die Zerschlagung von ISIL Zeit und eine enge Zusammenarbeit zwischen den regionalen Partnern erfordert, und die Regierungen des Irak und Syriens sowie weiterer Regierungen in der Region ***daran erinnernd,*** dass eine ausgrenzende und sektiererische Politik den Nährboden für extremistische Gruppen bereitet;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die internationale Gemeinschaft und die Regierungen der Länder in der Region **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. einen inklusiven politischen Prozess unter der Führung Syriens zu fördern und zu ermöglichen, der zu einem Waffenstillstand führen könnte, der den Weg zu einer friedlichen Lösung des Konflikts ebnet, und die Maßnahmen der internationalen Koalition unter Führung der USA zur Neutralisierung der extremistischen Gruppen, die derzeit in Syrien und im Irak operieren, zu unterstützen;

b. die humanitäre Hilfe für Syrien und den Irak sowie die Bemühungen zu verstärken, Syriens Nachbarn, die Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben, auch durch Wiederansiedlungsprogramme und Asylbewilligungen zu entlasten;

c. den Irak im Kampf gegen ISIL und andere extremistische Gruppen mit allen erforderlichen militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und anderen Mitteln zu unterstützen und die Regierung von Ministerpräsident Haider al-Abadi aufzufordern, eine aktive und inklusive Politik der Versöhnung zu verfolgen, die alle religiösen und ethnischen Minderheiten des Landes einbezieht;

d. keine Ölprodukte von den an terroristischen Handlungen beteiligten Parteien mehr zu beziehen;

15. **FORDERT** die NATO - falls gewünscht - **NACHDRÜCKLICH AUF,** die aktive Zusammenarbeit mit den VN in logistischen und humanitären Fragen zu erwägen, um die Lage in den Flüchtlingscamps in den Nachbarstaaten zu verbessern;

16. **FORDERT** das syrische Regime und alle maßgeblichen Parteien in dem Land **AUF**,

a. einen konstruktiven Dialog mit allen verhandlungsbereiten Akteuren der syrischen Opposition zu führen, um einen tragfähigen politischen Kompromiss zu erzielen, der die Einsetzung einer Übergangsregierung mit umfassenden exekutiven Befugnissen einschließt;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. die Grundsätze des humanitären Rechts strikt einzuhalten und insbesondere die Resolutionen 2139 und 2165 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen umzusetzen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu garantieren;

17. **FORDERT** die Regierung und das Parlament des Irak und alle maßgeblichen Parteien des Landes **AUF,** die derzeitigen Spaltungen zu überwinden, die Versöhnung zwischen den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften zu fördern, den Einfluss extremistischer Gruppen einzudämmen und den Menschenrechtsverletzungen und dem Kreislauf der Vergeltung ein Ende zu bereiten;

18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Region **AUF**,

a. eng mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um die Waffen-, Erdöl- und Finanzströme an ISIL und andere religiöse extremistische Gruppen zu kappen und den Zustrom ausländischer Kämpfer in die Region zu blockieren;

b. alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verbreitung extremistischer Ideologien und des Terrorismus einzudämmen und die Menschenrechte einschließlich der Menschenrechte von Frauen weiterhin zu schützen;

c. einen sinnvollen, dauerhaften Dialog einzuleiten mit dem Ziel, Lösungen für die andauernden Krisen in der Region zu finden.

E n t s c h l i e ß u n g 417

betreffend

DIE STÄRKUNG DES SICHERHEITSGEFÜHLS UND DIE UNTERSTÜTZUNG DER PARTNER-LÄNDER DURCH DIE NATO*

Die Versammlung,

1. ***mit großem Bedauern über*** die unrechtmäßige und widerrechtliche Annexion der Krim durch Russland sowie die fortwährenden Bemühungen Russlands, die Ukraine zu destabilisieren, sowie über die fortwährende unrechtmäßige Besetzung und rechtswidrige Anerkennung der besetzten Gebiete Georgiens, d.h. Abchasiens und Südossetiens, die einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen und gegen die im Grundlagendokument des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates aufgeführten Grundsätze und Verpflichtungen, gegen das Budapester Memorandum von 1994, die Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008, die NATO-Russland-Grundakte von 1997 sowie die Erklärung von Rom verstoßen;

2. ***zutiefst besorgt darüber,*** dass Russlands Aggression gegenüber der Ukraine und die von Russland ausgehende fortwährende Einschüchterung der Ukraine sowie die fortwährende Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien und die Schritte Russlands in Richtung einer De-facto-Annektierung Abchasiens den Frieden und die Sicherheit in Europa ernsthaft bedrohen;

3. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass Moskaus Verpflichtung, ethnische Russen und russischsprachige Minderheiten zu schützen, die außerhalb der Russischen Föderation leben, so allgemein und vage ist, dass sie als Vorwand für eine Militärintervention in jedem Land mit einer russischen Minderheit missbraucht werden könnte;

4. ***unter Betonung*** des Rechts aller souveränen Länder, den Kurs ihrer eigenen Außenpolitik entsprechend ihrer Rechte und Pflichten nach der Charta der Vereinten Nationen ohne Einmischung von außen selbst zu bestimmen;

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag (Niederlande), verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

5. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Sicherheit und Stabilität der osteuropäischen Partner der NATO sich auf die gesamte euroatlantische Stabilität auswirken;

6. ***zur Kenntnis nehmend,*** dass das Bündnis keine Konfrontation sucht und keine Bedrohung für Russland darstellt, und ***unter Begrüßung der Tatsache,*** dass die NATO weiterhin eine kooperative, konstruktive Beziehung zu Russland auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheitsbelange und -interessen anstrebt;

7. ***unter Betonung der Tatsache,*** dass das Bündnis seine Grundsätze, auf denen die Sicherheit in Europa und Nordamerika aufbaut, nicht aufs Spiel setzen kann und will, sowie ***zur Kenntnis nehmend,*** dass die zukünftige Beziehung zu Russland von einem eindeutigen, konstruktiven Wandel in den Handlungen Russlands abhängen wird, die die Achtung des Völkerrechts und seiner internationalen Pflichten und Verantwortungen deutlich machen;

8. ***unter Begrüßung*** der auf dem Gipfel von Wales bekräftigten Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls als einem klaren und eindeutigen Signal, dass das Bündnis alle Mitgliedstaaten vor Aggressionen schützen und sie verteidigen wird;

9. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass das erweiterte Sicherheitsumfeld und die Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO verstärkte Rüstungsinvestitionen erfordern, wenn die NATO ihre derzeitigen Fähigkeiten erhalten und neue Fähigkeiten entwickeln will, damit sie aktuellen und zukünftigen Sicherheitsbedrohungen wirksam begegnen kann;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF,**

a. die notwendigen politischen, militärischen und finanziellen Maßnahmen zur Umsetzung der in Wales getroffenen Beschlüsse zu treffen, um die militärischen Fähigkeiten und die Interoperabilität der Bündnispartner zu stärken;

b. die entsprechenden Maßnahmen unverzüglich zu treffen, um die Energieautarkie der Bündnispartner zu gewährleisten und ihre derzeitige Abhängigkeit von Russland zu vermeiden;

c. die Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der osteuropäischen Mitgliedstaaten der NATO so lange wie nötig fortzuführen und sie, falls es die Lage erfordern sollte, auszuweiten;

d. die Möglichkeit der Einrichtung zusätzlicher NATO-Stützpunkte in Mitgliedstaaten zu erwägen, die durch anhaltende oder eskalierende Aggressionen Russlands bedroht sind;

e. der Ukraine und Georgien dabei zu helfen, den militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen sowie der Desinformationskampagne Russlands entgegenzuwirken und die bilaterale Hilfe von NATO-Mitgliedstaaten zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine und Georgiens zu unterstützen;

f. die diplomatischen Bemühungen fortzusetzen und Russland aufzufordern, konkrete Maßnahmen zur Deeskalation der Krise in der Ukraine umzusetzen und eine Verschärfung der Sanktionen zu erwägen, falls weitere Akte der Aggression begangen werden;

g. die Partnerländer der NATO im euroatlantischen Raum bei der Wahl ihres eigenen Weges zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, übermäßigem Druck von Seiten Russlands Stand zu halten;

h. die Entwicklungen in der Republik Moldau sowie im Südkaukasus genau zu verfolgen und die Länder in der Region beim Aufbau von Fähigkeiten zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, sich dem politischen Druck Russlands zu widersetzen;

i. weiterhin entschlossen für die territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität aller NATO-Partnerländer einzutreten;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

j. die aktuell beitrittswilligen Länder - Bosnien-Herzegowina, Georgien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - zu unterstützen;

11. **FORDERT** die Regierung und das Parlament der Russischen Föderation **AUF**,

a. die widerrechtliche und unrechtmäßige Annexion der Krim und die Anerkennung der besetzten Regionen Georgiens rückgängig zu machen, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Bestimmungen des Völkerrechts einzuhalten;

b. von jedem weiteren Eingreifen und allen weiteren aggressiven Handlungen in der Ukraine und in Georgien oder irgendeinem anderen Staat in der Region abzusehen;

c. aktive Schritte zur Deeskalation der Krise zu unternehmen und den konstruktiven Dialog mit der ukrainischen Regierung aufzunehmen;

d. den Vorschlag zum Abschluss eines "Bündnis- und Integrationsvertrags" mit der besetzten Region Abchasien zurückzuziehen.

E n t s c h l i e ß u n g 418

betreffend

DIE RAKETENABWEHR DER NATO*

Die Versammlung,

1. ***unter Betonung der Tatsache,*** dass die kollektive Verteidigung der Bevölkerung, des Hoheitsgebiets und der Streitkräfte des Nordatlantischen Bündnisses eine Kernaufgabe bleibt;

2. ***besorgt*** über die wachsende Bedrohung durch die Verbreitung ballistischer Flugkörper, insbesondere unter potenziell feindlichen Staaten wie dem Iran und Nordkorea;

3. ***in der Überzeugung,*** dass Diplomatie sowie Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung nach wie vor die wichtigsten Mittel zur Verringerung der weltweiten Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme sind;

4. ***in Bekräftigung*** des ergänzenden Werts der Raketenabwehr im Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv der NATO;

5. ***unter voller Unterstützung*** des NATO-Beschlusses aus dem Jahr 2010, eine ballistische Raketenabwehrfähigkeit zum Schutze der gesamten europäischen Bevölkerung, des Hoheitsgebiets und der Streitkräfte der NATO zu entwickeln;

6. ***mit Genugtuung*** die Fortschritte bei der alliierten Raketenabwehr, darunter der Erzielung einer Anfangsbefähigung im Jahr 2012, ***zur Kenntnis nehmend;***

7. ***unter Begrüßung*** der bisherigen freiwilligen nationalen Beiträge der Bündnispartner, darunter auch der Sachleistungen, und insbesondere ***in Anerkennung*** des Engagements der Vereinigten Staaten im Rahmen ihres angepassten mehrphasigen Ansatzes für Europa (*European Phased Adaptive Approach*);

8. ***in Unterstützung*** der Aussetzung der gesamten praktischen zivilen und militärischen Zusammenarbeit mit Russland, auch der Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr, aufgrund der widerrechtlichen und

* Vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, 24. November 2014, in Den Haag Niederlande) verabschiedete Entschließung.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

unrechtmäßigen 'Annexion' der Krim durch Russland sowie einer konzertierten Gewaltkampagne Russlands und der von Russland unterstützten Separatisten in der Ukraine;

9. ***unter nochmaliger nachdrücklicher Bekräftigung der Tatsache,*** dass sich die Raketenabwehr der NATO nicht gegen Russland richtet und Russlands strategische Abschreckungsfähigkeiten nicht untergraben wird, wie die NATO zu jedem Zeitpunkt betont hat;

10. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die rasche Vollendung der Abwehrfähigkeit der NATO gegen ballistische Flugkörper weiterhin zu unterstützen;

b. weitere freiwillige nationale Beiträge zur Raketenabwehr der NATO einschließlich Sachbeiträge zu leisten, insbesondere durch die europäischen Bündnispartner, um eine ausgewogenere Lasten- und Risikoverteilung zu schaffen;

c. die Kompatibilität und Interoperabilität neuer Raketenabwehrsysteme mit den bestehenden Systemen der Bündnispartner zu gewährleisten;

d. eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr zu prüfen, insbesondere über weitere Smart-Defence-Projekte, was möglicherweise den gemeinsamen Erwerb von Systemen beinhaltet;

e. regelmäßig von Seiten der Staaten und der NATO die Bedrohung durch Raketen beurteilen zu lassen und die NATO-Raketenabwehr entsprechend anzupassen;

f. sofern die Zusammenarbeit der NATO mit Russland wiederhergestellt werden sollte durch eine aktive Politik der einseitigen Transparenz und vertrauensbildender Maßnahmen sowie bilateraler Bemühungen weiterhin deutlich zu machen, dass sich die Raketenabwehr der NATO nicht gegen Russland richtet und Russlands strategische Abschreckungsfähigkeiten nicht untergraben wird;

g. weitere Verpflichtungen im Hinblick auf die Raketenabwehr mit wichtigen NATO-Partnerländern zu prüfen, um die Transparenz weiter zu erhöhen, Vertrauen aufzubauen und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu erkunden;

h. die Umsetzung der NATO-Raketenabwehr weiterhin sorgfältig zu überwachen und die politische Kontrolle und Transparenz unter Einbeziehung der nationalen Parlamente und der Parlamentarischen Versammlung der NATO zu verstärken;

i. alle maßgeblichen internationalen diplomatischen Bemühungen zur Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme weiterhin zu unterstützen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.